

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Kerulspreeker Nr. 924.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Westzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 151.

Donnerstag, den 1. Juli 1915.

22. Jahrg.

Groll im Vierverband.

Im Vierverband rumort die Unzufriedenheit gegeneinander ziemlich stark. Sie käme wahrscheinlich äußerst drastisch zum Ausdruck, wenn nicht die Zensur allen Törgeiern den Mund unbarmherzig zuhalten würde. Die erhobenen Vorwürfe sind aber nur zum Teil berechtigt.

Die Russen haben unrecht, wenn sie sagen, Frankreich müsse ihnen mehr helfen als bisher; es ziehe zuwenig deutsche Truppen vom östlichen und südöstlichen Kriegsschauplatz ab. Tatsächlich tut Frankreich zur Entlastung der Russen mehr als mit seiner Zukunft vereinbar ist. Unbekümmert um seine kolossalen Verluste, unternimmt es immer wieder Durchbruchversuche. Dabei ist seine Einwohnerzahl im Verhältnis zu seinem Flächeninhalt und den Ernährungsmöglichkeiten des Landes klein. Sie steht seit Jahren fast still. Unter diesen Umständen hätte Frankreich triftigen Grund, das Leben und die Gesundheit seiner Männer, namentlich der jungen und jüngeren, soweit als möglich zu schonen und nicht in Wagnissen auf das Spiel zu setzen, von denen ziemlich sicher ist, daß sie aussichtslos sind. Daß es diese Vorsichtsmäßigkeit nicht ergreift — sondern immer wieder gegen die deutschen Linien anstürmt — läßt, beweist sicherlich seinen guten Willen, den Russen nach Kräften beizuhelfen.

Zur Revanche sind die Franzosen von den Russen nicht besonders erbauet, weil die „Dampfwalze“ so schlecht funktioniert hat und zuletzt ganz aus dem Leim gegangen ist. In Wirklichkeit hat auch Rußland getan, was es tun konnte. Seine Heeresleitung hat sehr viel Offensgeist entwickelt, sie ist mit dem Blute und der Gesundheit ihrer Truppen mehr als verschwenderisch umgegangen. Unermüdlich schritt sie auch nach erlittenen schweren Niederlagen von neuem zum Angriff. Der wahre Grund für die Enttäuschung der Franzosen liegt bei den Franzosen selbst: sie haben die Kraft der zahlenmäßigen Ueberlegenheit der russischen Armee weit überschätzt. Aber die Ansicht der Franzosen ist psychologisch sehr erklärlich. Ihnen und Belgien ist es gerade das Deutsche Reich schwer im Genick. Darum haben sie gehofft, Rußland würde den größten Teil seiner Kraft und seine Hauptkräfte gegen Deutschland richten und gegen Oesterreich-Ungarn mehr hindhalten. Rußland hat aber, wohl in der sicheren Ueberzeugung, daß es mit dem Bundesgenossen Deutschlands bald fertig sein werde, Oesterreich-Ungarn am schärfsten aufs Korn genommen, das Frankreich und Belgien, abgesehen von der Arbeit seiner Motorgeschütze, direkt gar nichts tat.

Allerdings war der Angriff der Russen auf die Karpaten, namentlich in der kalten Jahreszeit, ein Unternehmen, das nicht viel Aussicht auf Erfolg hat, aber es spielen hier wahrscheinlich auch politische Gründe mit. Die Russen hofften vielleicht von einem Einbruch in Ungarn, verbunden mit wunderschönen papierenen Besprechungen Bäterchens, eine schwere Erschütterung der inneren Einheit der Doppelmonarchie. Uebrigens kann man es den Russen nicht verübeln, wenn sie mit Hindenburg nach den ersten bitteren Erfahrungen, die sie mit ihm gemacht hatten, nur noch möglichst wenig zu tun haben wollten. Für Rußland ist es auch verhängnisvoll, daß infolge der geographischen Lage der Zentralmächte von Deutschland große Truppenmassen mit der Eisenbahn schnell nach Oesterreich-Ungarn befördert werden können.

Der Stellungskrieg auf dem westlichen Kriegsschauplatz ist gewiß ein mißliches Ding. Aber vielleicht hat er für die Zentralmächte eine gute Seite: er ermöglicht es der deutschen Armee gegen Frankreich, Belgien und das englische Expeditionskorps einen diese Feinde im Schach haltenden Defensivkrieg zu führen. Die Truppen, die es dadurch im Westen erspart, kann es im Osten gegen Rußland verwenden.

Daß die Russen mit den Franzosen und diese mit den Engländern nicht zufrieden sind, ist also nicht berechtigt. Hingegen haben die Franzosen begründeten Anlaß, England nicht sehr gemischten Gefühlen zu betrachten. Wo blieb Kitcheners Millionenheer? Vielleicht ist England die Ausrube, die ihm sein Mangel an Munition ermöglicht, sogar sehr angenehm, weil es sich damit gegen größere Ansprüche seiner Verbündeten wehren kann.

Recht wenig erfreulich verhält sich für seine neuen Bundesgenossen auch Italien. Es hätte wenigstens den Versuch unternommen müssen, vom galizischen Kriegsschauplatz möglichst viele Truppen möglichst schnell auf sich zu lenken und dadurch den Russen Luft zu machen. Das wäre natürlich nur mit einer sofortigen, mit sehr starken Kräften inszenierten Bedrohung der österreichischen Grenze ausführbar gewesen. Statt dessen ist Italien trotz seiner monatlangen Vorbereitung auch jetzt über Grenzgefechte, von denen nur jene am Jonjo größere waren, nicht hinausgekommen.

Während die in Galizien kämpfenden Armeen der Zentralmächte mit einer verblüffenden, noch nie dagewesenen Schnelligkeit Keulenschläge auf Keulenschläge auf die Russen

herabzulassen ließen, ist der italienische Generalissimo, Cadorna, die fleischgewordene Vorsicht. Da er genau weiß, daß der Krieg, den er leiten soll, nicht vom Willen des Volkes getragen, sondern ein mit schmählichen Mitteln arrangierter Kabinettskrieg ist, hat er Angst vor großen Verlusten. Er fürchtet, daß die Ueberlebenden die Toten eines Tages bitter rächen könnten. Daß man mit einer solchen Sorge im Herzen einen Krieg nicht energisch führen kann, ist klar. R. A.

Die Kämpfe bei Les Eparges vom 20. bis 27. Juni.

Aus dem Großen Hauptquartier wird über die Kämpfe bei Les Eparges berichtet:

Nachdem es uns Ende April und in den ersten Tagen des Mai gelungen war, auch unsere Stellungen auf den Maasböden zwischen dem Dorf Les Eparges und der von dem alten Sommerst der Bischöfe von Verdun, Hattonchatel, nach Verdun hinführenden Grande Tranchée de Calonne um ein erhebliches Stück nach vorwärts zu verlegen, war damit zu rechnen, daß die Franzosen die Wiedergewinnung des ihnen an dieser wichtigen Stelle entzogenen Geländes nach Kräften versuchen würden. Zunächst jedoch blieb es dort ziemlich ruhig. Als dann aber das zweite französische Armeekorps, das sich einige Wochen vorher bei seinen vergeblichen Angriffen gegen unsere braven Truppen zwischen der Orne und Combrès, insbesondere gegen Matzgeray und Marcheville, blutige Köpfe geholt hatte, wieder sechsfähig war, wurde dieses Armeekorps zur Wegnahme unserer neuen Stellungen an der Grande Tranchée bereitgestellt. Seit Mitte Juni kündigte verstärktes französisches Feuer aller Kaliber eine dort beabsichtigte Unternehmung an. Wir hatten uns nicht getäuscht. Als der Feind die Wirkung seiner Artillerievorbereitung für ausreichend hielt, setzte er seine ausgeruhten Truppen am Sonntag, dem 20. Juni, nachmittags zum Angriff gegen unsere Stellungen beiderseits der Tranchée an.

Die Franzosen beobachteten hierbei das von ihnen in der Regel beliebte Verfahren, gegen einzelne Punkte starke Kräfte nacheinander, oft aus verschiedenen Richtungen anlaufen zu lassen. Es gelang ihnen schließlich, in einen Teil unseres vordersten Grabens, in einige Verbindungsgräben nach rückwärts und sogar in einen kleinen Teil der zweiten Stellungen einzudringen. Noch in der Nacht zum Montag unternahm das von dem Feind betroffene tapfere Regiment einen Gegenstoß, an dem sich alles bis zum letzten Mann beteiligte. Es gelang uns auch, den Franzosen den von ihnen genommenen Teil unserer zweiten Stellung und die Verbindungsgräben wieder zu entreißen und hierbei eine Anzahl von Gefangenen zu machen. Aber auch der Feind ließ nicht nach. Um die Mittagszeit des 21. Juni erneuerte er mit frischen Kräften seine Angriffe auf der ganzen Linie. Westlich der Tranchée wurde er stets und auch an den folgenden Tagen unter sehr schweren Verlusten abgewiesen. Östlich der Tranchée dagegen, wo die Eindruckstelle sich immer noch in seinem Besitz befand, glückte es ihm, durch sie hindurchstößend, wiederum Gelände innerhalb unserer Linie zu gewinnen. Es mußte hier also wieder hinausgeworfen werden. Für diese Unternehmung wurde das Morgengrauen des 22. Juni festgelegt. Der Feind wurde anscheinend überrascht. Er räumte bei unserem Ansturm die Gräben unter Zurücklassung einer beträchtlichen Anzahl von Gefangenen. Nunmehr nahmen die Franzosen unsere gesamte Stellungen unter tagelanges schweres Feuer. Sie hatten zu diesem Zweck ihre dort schon vorhandene zahlreiche schwere Artillerie durch weitere Batterien schwerer Kalibers von anderen Fronten her verstärkt. Auch verwendeten sie in großen Mengen Geschosse, die bei ihrer Detonation ersticken und doppelte. Sie wirkten nicht nur durch ihre Sprengwirkung, sondern sie machen durch die Gase auch im weiteren Umkreise sich aufhaltende Personen wenigstens für einige Zeit kampfunfähig. Um sich selbst dieser Wirkung dort zu entziehen, wo derartige Geschosse nahe der eigenen Infanterie einschlagen, trugen in den geschilderten Kämpfen alle Franzosen Rauchmasken. Gefangene geben ferner übereinstimmend an, ihnen sei befohlen worden, als wirksamstes Mittel gegen die erstickenden Gase ihre in menschlichem Urin getränkte Taschentücher vor Mund und Nase zu halten. Mit solchem Feind hatten wir während der nächsten Tage und Nächte unangenehm ererbte Kämpfe zu bestehen.

Die neuen Nachmittagsmittel mit ihren fürchterlichen moralischen Nebenwirkungen spielten auch hier wieder eine große Rolle. Hierzu gehören insbesondere die Minenwerfer und Handgranaten verschiedener Konstruktion, diese auch, wie die Artilleriegeschosse, bei den Franzosen mit erstickender Gasentzündung. Inzwischen zeigte sich schon am 22. Juni die

unbestreitbare Ueberlegenheit unserer Infanterie über die französische. So oft wir zum Angriff schritten, konnten wir auch weit stärkere feindliche Kräfte werfen und besonders im Einzelkampf aus ihren noch so stark erbauten Stellungen vertreiben. Nur gegen das übermächtige Artilleriefeuer hatten unsere tapferen Truppen einen überaus schweren Stand. Sobald sie ein Grabenstück wiedergewonnen hatten, richtete die feindliche Artillerie dagegen ein mörderisches Feuer, in dem ein Aushalten zu den physischen Unmöglichkeit gehört.

In diesen hin und her wogenden erbitterten Kämpfen konnten wir der französischen Infanterie unsere Anerkennung nicht versagen. Immer wieder ließ sie sich zum Angriff vortreiben, ungeachtet unseres gut wirkenden Artillerie- und Infanteriefeuers und ungeachtet des Feuers ihrer eigenen Artillerie, das rückwärtslos auch dorthin gelegt wurde, wo die französischen Schützen ihren Sturm auszuführen hatten. Rücksichtslos waren die immer wieder frisch von rückwärts aufgefüllten Angriffsgruppen auch gegen sich selbst. Immer wieder stürzten sie über die Leichen ihrer toten und während der letzten Kampfphase gefallenen und in blutgetränktem Waldgestrüpp liegenden Kameraden hinweg, immer wieder nützten sie Haufen dieser Leichen aus als Deckung gegen unser Feuer, ja verwendeten die Körper der tapfer Gefallenen sogar als regelrechte Deckungsmittel, wo sie gezwungen waren, sich beschleunigt einzunisten und einzugraben. Viel hundert Leichen bedeckten den schmalen Raum zwischen unseren und den feindlichen Gräben. Als wir am späten Abend des 24. Juni alle zur vorderen Linie führenden Verbindungsgräben in unseren endgültigen Besitz gebracht hatten, waren diese bis oben hin mit französischen Leichen angefüllt.

Tagelang hatten die Franzosen hier neben und auf den Leibern ihrer gefallenen Kameraden ausgehalten. Es mag dahingestellt bleiben, ob mehr die Selbstüberwindung oder mehr die Gefühllosigkeit dabei mitgesprochen hat. Für uns war jedenfalls diese Totenkammer keine Kampfstelle. Wir schütteten die Gräben zu und bereiteten den dort gefallenen Tapferen ein Massengrab.

Nicht unerwähnt in diesem Zusammenhang soll auch sein, daß nach übereinstimmenden Aussagen aller Gefangenen die französische Infanterie in den Tagen vom 20. bis 25. Juni keine warme Kost erhalten hat. Mag diese wie andere Gefangenenansagen nicht voll zutreffend und darauf berechnet sein, Mitleid zu erwecken, so ist immerhin zu beachten, daß erfahrungsgemäß an Gefangenenansagen immer etwas Wahres ist. Der jämmerliche Zustand der Gefangenen bestätigt dies.

Vor dem in einer Ausbuchtung von knapp 300 Metern noch im feindlichen Besitz befindlichen vorderen Grabenteil kam unser Angriff am 25. Juni zum Stehen.

Am 26. Juni gingen wir östlich von der Stätte der toten geschilderten hartnäckigen Kämpfe zum Angriff in Richtung Les Eparges vor. Nicht dieses in der Tiefe gelegene Dorf war das Ziel der Unternehmung, sondern der dorthin abfallende bewaldete Berggraben, auf dem die Franzosen seit längerer Zeit starke Befestigungen angelegt hatten. Diese sollten genommen werden. Nach sorgfältiger Vorbereitung setzten um die Mittagszeit unsere Angriffsbewegungen ein. Der Feind schien derartiges an dieser Stelle nicht erwartet zu haben. Ohne allzu große Verluste und in verhältnismäßig kurzer Zeit gelang es uns, die ersten feindlichen Stellungen im Sturm zu nehmen und in ununterbrochenem weiteren Vorgehen auch die dahinter liegende

feindliche Hauptstellung zu erobern.

Was unserem Feuer und unseren Bajonetten nicht zum Opfer fiel, flüchtete die steilen Hänge nach Les Eparges hinunter, um sich dort wieder zu sammeln. Unsere aufmerksame Artillerie versäumte diese günstige Gelegenheit nicht, das genannte Dorf unter Feuer zu nehmen und die von Norden her dorthin führenden Wege, auf denen der Feind Verstärkungen heranführte, durch wohlgezieltes Feuer zu sperren. Nach kurzer Zeit ging Les Eparges mit dem dort angehäuften Kriegsmaterial in Flammen auf.

Für uns galt es nun, die neu gewonnene vorteilhafte Stellung auf der Bergnahe südwestlich Les Eparges zu halten; denn wir mußten mit hartnäckigen Versuchen des Feindes rechnen, das Verlorene wieder zu erlangen. Noch am Abend des 26. Juni begannen die Franzosen Gegenangriffe. Sie wählten die ganze Nacht zum 27. hindurch ohne jeden Erfolg. Auch hier wie zu beiden Seiten der Tranchée haben die Franzosen außerordentlich schwere Verluste erlitten. Wie auch die Lage sich hier weiter gestalten mag, das zweite französische Armeekorps und die dort eingeleiteten übrigen feindlichen Kräfte haben weder den beabsichtigten Durchbruch an der Tranchée zu erzwingen noch die beherrschende Höhe südwestlich Les Eparges gegen den überraschenden, unent-

gleichmütigen Insturm unserer Kampferproben und kampffreudigen Truppen zu behaupten vermocht. (W. T. B.)

Von den Kriegsschaupläzen.

An der russisch-galizischen Grenze sind zwischen Bug und Weichsel an einer etwa 180 Km. langen Front heftige Kämpfe entbrannt, die einen günstigen Verlauf nehmen. Der Gegner weicht weiter zurück. Die Fortschritte auf diesem Teile der Front zwingen die Russen, nun auch westlich der Weichsel immer weiter auf den Fluß zurück zu gehen. Die Situation steht hier also für die Russen nicht günstig.

Trotzdem ist der Zar noch immer froher Hoffnungen voll. In einem Reskript an den Ministerpräsidenten hofft er auf eine „strahlende Zukunft“ und meint, der Feind wird niedergeschlagen werden müssen, sonst ist ein Friede unmöglich. Er beruft dann die Duma und den Reichsrat zum August ein.

Auch der Großfürst Nicolaus ist noch immer sehr großsprecherisch. Die „Morningpost“, die am 24. Juni ein Telegramm an den Großfürsten Nicolaus sandte, worin sie ihm zu der Geschicklichkeit beglückwünschte, mit der einen der beschwerlichsten Rückzüge der Kriegsgeschichte leitete, erhielt folgende Antwort: Das russische Heer entlehnt ebenso wie die Alliierten seine Kraft den Grundlätzen, für welche es kämpft, und die den schließlich den Sieg sicher erwarten lassen.

Hervé ist weniger zuversichtlich. In einem Artikel schreibt er: Die französischen Soldaten betrachten Warschau als verloren. Die Deutschen würden die Festung frei im Rücken nehmen. Hierauf werde es ihnen möglich sein, die Russen mit geringen Kräften im Zaume zu halten. Sie werden dann 1 Million Kämpfer nach Frankreich werfen. Hervé gibt zu, daß die Deutschen an irgend einem Punkte der Front durchbrechen könnten, aber er meint, heute hätten die Verbündeten an der Westfront 3 1/2 Millionen Soldaten, so daß selbst bei einer Vermehrung durch eine Million die Feinde in der Minderzahl bleiben würden. Dazu verfüge Koffre über ein vortreffliches Eisenbahnnetz. Vorderehand müßten die Franzosen den lieben Gott bitten, daß England seine volle Pflicht tue, um einen neuen Winterfeldzug zu verhindern.

In Russland dagegen wird die für einen angeblichen Sozialisten sehr merkwürdige Hoffnung nicht geteilt. Man zweifelt dort an Englands tatkräftiger Hilfe. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Stockholm: Trotz seiner großen Energie habe das englische Kriegsministerium die vorhandenen Schwierigkeiten nicht überwinden können. So urteilt die „Nowoje Wremja“. Die englische Armee habe in Friedenszeiten nur aus 100 000 Mann bestanden. Jetzt müßten aber Millionen unter die Fahnen gerufen werden, um die Lage zu beherrschen. Diesen fehle es aber an Artillerie, Munition und Ausübung, was zur Folge gehabt habe, daß die Operationen der englischen Armee trotz ihres Mutes und ihrer Tapferkeit erfolglos geblieben seien.

Daß es mit der Munitionsherstellung in England sehr lappert, geht aus einer Verhörung des parlamentarischen Mitarbeiters der „Daily News“ über die Montagsitzung des Unterhauses hervor: „Es war ein großer Augenblick in der Debatte, als Snowden (Arbeiterpartei) mit schneidender Schärfe und mit Angabe aller Einzelheiten die Tatsache enthüllte, daß das beste englische Arsenal, nämlich Woolwich, nicht in vollem Betrieb arbeite, während die Staatsmänner über die Notwendigkeit sprachen, mehr Geschütze und Geschosse zu schaffen. Snowdens Zitate aus den Blättern von Woolwich waren verblüffend, um nicht mehr zu sagen. Daran geht hervor, daß die Pressen untätig waren, die Dampfhammer schwiegen und die Arbeiter nicht voll beschäftigt waren und zwar in den Werkstätten, die keine Dividende zahlen und deren Profite nur dem Staat zutiefen.“

Aus der Dienstags-Sitzung des Unterhauses sind folgende Ausführungen des Unionisten Houston bemerkenswert: Er sagte: Grenz und die Armee haben seit Monaten dringend mehr Munition gefordert. Lloyd George schiene allein unter den Ministern den Mut zu haben, der Nation die Wahrheit zu sagen; der Mangel an Munition und an Geschützen sei unerhört und schimpflich. Die bisherige geringe Anteilnahme im Lande sei Schuld des Jensors, der die Wahrheit schimpflich verheimlichte. Das Kriegsministerium, sagt er fort, glaubte wahrscheinlich, daß wir uns durch den Krieg fortwährend könnten, wie im Eurenriege. Über die heutige Lage ist eine ganz andere; niemals in der ganzen Geschichte unseres Landes war die Lage eine so verzweifelte. Die frühere Regierung tat alles, um das Land durch feste Sicherheit zu glorifizieren; jetzt haben wir die Koalition, weil das Kriegsministerium in seinen eigenen Vorentscheidungen verstrickt war und über der Munitionstrage zusammenbrach. Die neue Regierung muß die ganze und volle Wahrheit sagen. Die Lage bedroht nach 11 Kriegsmontaten ein reines Fata. Die Deutschen sehen nicht aus, als wären sie im Dienen geschlagen. Wenn es ihnen gelingt, die Russen zurückzutreiben, können sie Truppen an die Westfront senden, auf Calais losgehen und von dort Dover und Fokelonne mit schwerem Geschütz beschützen und unter Bedeckung dieser Beschützung einen Lufteinbruch oder einen Einschlag auf England versuchen. Man bringt von dem Lande durch unsere Flotte; aber Gallipoli lehrt, was an-

tere Flotte tun kann und was nicht. — Der Sprecher forderte den Redner auf, zur Munitionsbill zu sprechen. — Houston fuhr fort und warnte Lloyd George vor engen Beziehungen des Kriegsministeriums und der Admiralität mit Waffenfirmen. Er kritisierte, daß das Kriegsministerium erst jetzt mit gußeisernen Brijanzgeschossen Versuche anstelle, während die Deutschen schon Millionen davon gebrauchten.

Aus diesen Bemerkungen kann man die Schwierigkeiten Englands in der Munitionsfrage ermessen. Es wäre aber verkehrt, daran allzu große Erwartungen zu setzen. Die englischen Staatsmänner werden schon alles daran setzen, um die zutage getretenen Mängel zu beheben. Die Bill wurde in zweiter Lesung angenommen; auch die Vertreter der Arbeiterpartei sprachen sich für die Annahme aus.

Gren, der nach einer Reutersmeldung nach London zurückgekehrt ist, will doch seine Geschäfte wieder übernehmen. Die Meldungen über seinen Rücktritt sind also mindestens verfrüht.

Wandervogel will nichts von Frieden wissen. In einer Erklärung, die nach bürgerlichen Blättern die „Humanität“ brachte, soll Wandervogel sagen: „So lange sich noch ein deutscher Soldat auf dem Boden des vergewaltigten Belgiens und besetzten Frankreichs befindet, werden wir uns die Ohren verstopfen, wenn man uns von einer gemeinsamen Friedensaktion sprechen will.“ — So spricht der Mann, der immer noch Vorsitzender des internationalen sozialistischen Bureaus ist!

Die Nachrichten, die in Italien vom Balkan eintreffen, lassen jetzt offen erkennen, daß die russischen Niederlagen alle Hoffnungen zerstört haben. Rumänien unterhandelt zwar, will aber Herr seiner Entschlüsse hinsichtlich des Zeitpunktes bleiben. Bulgarien bleibt nach wie vor unausgütlich. In Italien herrscht hinsichtlich des Balkans völlige Hoffnungslosigkeit.

Die Kriegslage.

Wien, 30. Juni. Amtlich wird berichtet: Russischer Kriegsschauplatz. In Ost-Galicien an der Gnila-Dipa und am Bug abwärts bei Kamionka-Strumilowa sind Kämpfe im Gange, die für uns erfolgreich verlaufen. Zwischen Bug und der Weichsel weicht der Gegner weiter zurück. Die seinen Rückzug bedeckenden Nachhut wurden überall angegriffen und geworfen. Unsere Truppen haben die Tanew-Niederung durchzogen und den Höhenrand bei Trampol-Zaslawa gewonnen. Durch die Erfolge der verbündeten Armeen östlich der Weichsel wurden die Russen gezwungen, auch westlich des Flusses Stellung nach Stellung zu räumen. So sind sie seit heute nacht aus der starken Gefechtsfront Jawischost-Darow-Sienno wieder im Rückzug gegen die Weichsel. Jawischost wurde von unserer Truppen besetzt.

Italienischer Kriegsschauplatz. Nach mehrtägiger Pause entsalten die Italiener wieder eine lebhafteste Tätigkeit an der Tongo-Front. Vorgehensabend wiesen unsere Truppen einen Angriff bei Plaza im Abschnitt Sagrado-Monfalcone ab. Es folgte mehreren kleineren vergeblichen Vorstößen des Feindes in der vorgangenen Nacht ein allgemeiner Angriff. Auch dieser wurde überall zurückgeschlagen. Ebenso erfolglos für den Gegner blieben heute morgen neuerliche Angriffsversuche bei Selz und Monfalcone. Die Gefechtskämpfe dauern an der ganzen Südwestfront fort und sind namentlich am Tongo sehr heftig.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. Als Antwort auf den von den Serben durchgeführten Heberfall bei Sabac bombardierte eines unserer Flugzeuge gestern früh die Werft Belgrade und das Truppenlager Drajac südwestlich Obernawa mit sehr gutem Erfolg.

Gegen Frankreich und Belgien.

Der Geschöppel auf Reims.

Das Pariser „Journal“ berichtet: Die Stadt Reims ist 288mal beschossen worden. Anfangs unternahmen die Deutschen nichts; nachher, später fand die Beschichtung auf zu jeder Tages- und Nachtzeit statt. Die furchtbarsten Nächte waren die vom 19. September, 18. Oktober und 25. November 1914 und die vom 21. Februar, 1. März und 8. April 1915. Im Laufe dieser Nächte wurden jedesmal 2000 bis 3000 Geschosse auf die Stadt geschleudert.

Gegen Russland.

Luftkampf am Dnjestr.

Aus dem österreichisch-ungarischen Kriegspressquartier wird gemeldet: Ein russisches Flugzeug überflog am 28. Juni unsere Front am Dnjestr in Richtung auf Kolomea. Sofort ließ ein österreichisch-ungarischer Aeroplan auf, von dem Feldpiloten-Ingenieur Huzian gesteuert und mit dem Oberleutnant Frotz als Beobachter, zur Bekämpfung des Feindes. Als der Russe sah, daß er angegriffen wurde, stieg er immer höher und wandte sich ostwärts zurück. Die beiden Oesterreicher verfolgten ihn über Hundenke bis zu dem etwa 20 Kilometer südlich Zaleskii gelegenen Fluße, wo sie aus 2000 Meter Höhe den russischen Aeroplan unter Maschinengewehrfire nahmen. Sie trafen ihn und schossen ihn herunter. Er stürzte im Walde ab und das österreichische Flugzeug kehrte heil zurück.

Gegen England.

Gefeszentwurf zur Kontrolle der englischen Untertanen.

Minister Long brachte im Unterhause einen Gesetzesentwurf ein, der die Registrierung sämtlicher Untertanen vom 18. bis bis 65. Lebensjahre vorzieht. Die Armeebedienen werden die Frage enthalten, ob man sich für die nationale Arbeit zur Verfügung stelle und für welchen Zweck man sich besonders geeignet erachte. — Long wies nachdrücklich auf die Notwendigkeit hin, Englands industrielle und finanzielle Position zu wahren. Das Gesetz bezweckt, Mittel zur Organisation zu schaffen, um ein Maximum der nationalen Produktion bei einem Minimum von Kosten zu erreichen. Es wird darauf getrachtet werden, alle Arbeitskräfte so intensiv wie möglich für den Staat zu verwenden.

Erhöhung des englischen Marine-Kontingents.

Das Unterhaus nahm einstimmig den Marine-Nachtrags-Erfat an. Staatssekretär Mac Namara erklärte, daß durch die Vermehrung um 50 000 Mann das Marinepersonal auf 300 000 Mann steigen würde; die Mannschaften seien nicht sofort nötig, denn es seien so viel unter den Waffen, als man zurzeit gebrauche. In den früheren Etats sei reichlich für den Augenblicksbedarf vorgezogen worden. Die bei früheren Gelegenheiten bewilligte Zahl der Mannschaften betrage 50 000. Die Zahl der Freiwilligen sei so groß gewesen, daß diese Stärke überschritten worden sei. Die Admiralität habe beschlossen, auch den Überschuß zu behalten. Der frühere Vize-Lord der Admiralität, Lambert, erklärte, die ganze Lage des Landes hänge von der Marine ab; sie sei reichlich mit Munition und den nötigen Vorräten versehen.

Gegen Italien.

Vorbereitungen für den Winterfeldzug.

Nach Meldungen aus Rom trifft der italienische Generalstab Vorbereitungen für den Winterfeldzug. Die italienische Regierung will ein Gränbuch mit noch unbekanntem diplomatischen Aktensfücken veröffentlichen, die von neuem beweisen sollen, daß Österreich-Ungarn den Krieg mit Vorbedacht entfesselt habe.

Gegen Serbien und Montenegro.

Montenegros Rechtfertigung.

Die Tribuna veröffentlicht eine von Montenegro an die Mächte gerichtete Note über sein Vorgehen in Skutari, die besagt, Montenegro habe begriffen, daß die österreichisch-ungarischen Treibereien gegen das montenegrinische Gebiet den Zweck hätten, die Aufmerksamkeit Montenegros von der Hauptfront abzulenken; Montenegro und sein Bundesgenosse hätten viel unter den Schwierigkeiten gelitten, die ihnen von Albanien geschaffen worden seien; Oesterreich-Ungarn habe erfolgreich durch Mittelmänner in Albanien allerlei Bewegungen in Montenegro hervorgerufen; es habe dies gekonnt, weil Skutari dem montenegrinischen Staat entzogen worden sei, ohne Rücksicht darauf, daß der Besitz Skutaris eine Lebensfrage für Montenegro sei; infolge des österreichisch-ungarischen Drucks sei die montenegrinisch-albanische Grenze, wie sie von der Londoner Konferenz festgelegt worden sei, ungünstig für Montenegro, das gezwungen gewesen sei, einen Teil seiner Truppen an der albanischen Grenze zu behalten. Die Note fährt fort: Dieser Zustand wurde für uns sehr bedenklich, als die Albaner, von Oesterreich-Ungarn bewaffnet, am Bojana-Fluß unsere Transporte vernichteten und zahlreich einen Einschlag in Montenegro unternahmen. Die königliche Regierung, fest entschlossen, ihre Streitkräfte an der Hauptfront versammelt zu lassen, war durch diese Verletzung herausgefordert und gezwungen, einige Stellungen zu besetzen, um neue Angriffe gegen die Bevölkerung des Montenegro gehörenden Gebiets zu verhindern. Die albanischen Führer liefern uns die Waffen aus, die von dem österreichisch-ungarischen Konsul in Skutari verteilt worden sind. Sie bekunden Gesühle der Erbfeindschaft gegen die montenegrinischen Behörden. Der Bürgermeister Skutaris erschien in den benachbarten montenegrinischen Stellungen und versicherte die Befehlshaber der freundschaftlichen Gesühle der Bevölkerung Skutaris ohne Unterchied der Religion. Indem wir somit unter dem Zwang der äußersten Notwendigkeit handelten, wurden die österreichisch-ungarischen Treibereien vollkommen vereitelt, und die montenegrinischen Truppen, die bisher gezwungen waren, die albanische Grenze zu bewachen, sind frei geworden, um an der Hauptfront an den Unternehmungen gegen den gemeinsamen Feind Montenegros und seines Bundesgenossen teilzunehmen.

Italienische Mißstimmung über Montenegro.

Die Besetzung von Alessio und Skutari durch die Montenegriner macht, wie aus den Pressekommentaren der italienischen Zeitungen hervorgeht, in Italien unangenehmes Aufsehen. Das Giornale d'Italia begreift nicht, weshalb Serbien und Montenegro unter Verletzung der Formen der freundschaftlichen Katschläge den Londoner Vertrag mit Füßen treten. Die Besetzung Skutaris verstöße gegen die Vorbedingungen der italienischen Politik und gegen die Versicherungen, die Montenegro wiederholt in Rom abgegeben habe.

Der Seetrieg.

Zwei norwegische Dampfer versenkt.

Nach einer Flugmeldung aus Lynemouth wurde der norwegische Dampfer „Gjosa“ gestern Abend von einem deutschen Unterseeboot versenkt. Die Besatzung wurde in North-Shields gelandet. Der Dampfer wird demnach Waren an Bord gehabt haben. — Nach einer Meldung des „Morningbladet“ in Christiania traf von einer Firma in Dronthheim bei der Kriegsversicherung die Mitteilung ein, daß der norwegische Dampfer „Marza“, 914 Tonnen groß, mit einer Ladung Grubenholz, auf der Reise nach Lith von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden sei. Der Dampfer befand sich also mit Kohlenbände auf dem Wege nach England und wurde von einem deutschen U-Boot angefaßt.

Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet Einzelheiten über die bereits gemeldete Torpedierung des englischen Biermastschiffes „Dumfrieshire“. Das Schiff wurde, heißt es in dem Bericht, unweit von Smalls versenkt. Das Schiff hatte Faßmuth angelassen, um weitere Reparaturen abzuwarten; darauf nach Lith von einem deutschen Unterseeboot versenkt und wurde von einem Unterseeboot torpediert. Die Ladung bestand aus 5000 Tonnen Getreide.

Unrichtige Nachrichten.

Die Blätter in Chyristiana erhielten aus Bergen die aufsehenerregende Meldung, daß der Passagierdampfer „Mira“ auf der Reise nach England von einem deutschen Unterseeboot durch anhaltende Beschichtung beschädigt worden sei. Der Kapitän des Dampfers demontiert das Gerücht; das Schiff sei zwar von einem Unterseeboot, das die deutsche Flagge führte, angehalten worden, habe seine Reise aber ohne weiteren Aufenthalt oder Störung fortsetzen können.

Die Kämpfe im Orient.

Das türkische Hauptquartier

berichtet vom 29. Juni über die Kämpfe an den Dardanellen: An der Dardanellenfront griff der Feind am 28. Juni nachmittags bei Ari-Burnu nach heftigem Artilleriefeuer dreimal unseren linken Flügel an, wurde aber jedesmal unter außerordentlichen Verlusten zurückgeworfen, ohne einen Erfolg zu erzielen. Bei Sed-ul-Bahr griff der Feind nachdem er in der Nacht vom 27. zum 28. Juni bis zum Morg-

gen unsere Schützengräben auf dem rechten Flügel mit schwerer Artillerie beschossen hatte, am 28. Juni morgens diesen Flügel an. Wir warfen ihn durch unsere Gegenangriffe zurück. Auch durch seine in derselben Nacht gegen unseren linken Flügel gerichteten Angriffe erzielte der Feind keinen Erfolg. Am Nachmittag versuchte der Feind gegen unser Zentrum einen Angriff, der leicht zurückgewiesen wurde. Wir eroberten durch einen Gegenangriff zwei Linien feindlicher Schützengräben. Unsere anatolischen Batterien nahmen wirksam an dem Kampfe auf dem linken Flügel bei Sebül-Bahr teil und trugen beträchtlich zum Rückzuge des Feindes bei, indem sie ihm schwere Verluste zufügten. Dieselben Batterien brachten feindliche Batterien auf der Spitze von Teffe zum Schweigen. Unsere Flieger warfen mit Erfolg Bomben auf den feindlichen Flugplatz bei Sebül-Bahr.

Auf nach mehr Hilfe.

Die Verluste der Franzosen und Engländer bei den mißglückten Angriffen östlich Sebül Bahr und Ari BURNI am 27. und 28. Juni kommen nach einer Athener Meldung den von den Franzosen acht Tage vorher erlittenen Verlusten gleich. Der Generalfeldmarschall Hamilton hat von neuem um erhebliche Verstärkungen nachgesucht.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Preussische Verlustliste Nr. 262

enthält folgende Truppenteile:

Infanterie usw.: Garde 2., 3. und 4. Garde-Regiment zu Fuß; Grenadier-Regiment Alexander, Franz und Augusta. Lehr-Infanterie-Regiment. Grenadier-, bezw. Infanterie-, bezw. Jäger-Regiment Nr. 1, 5, 13, 14, 16, 18, 20, 21, 27, 41, 43, 45, 53, 55, 58, 69, 70, 71, 75, 77, 88, 94, 97, 109, 111, 112, 114, 117, 128, 129, 130, 143, 144, 145, 147, 160, 161, 165, 167, 169, 174, 175, 335. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 1, 5, 7, 19, 22, 25, 40, 61, 67, 75, 80, 81, 82, 86, 91, 130, 223, 225, 226, 228, 229, 233, 252, 253, 259, 267. Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 28 und Königsberg I. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 6, 7, 8, 11, 22, 24, 28, 35, 39, 81, 84. Besatzungs-Regiment Nr. 4 (siehe Inf.-Regt. Nr. 335). Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 13, 15, 16, 42, 80, 81. Landsturmb.-Infanterie-Bataillone Gnesen, Samter (I. Inf.-Regt. Nr. 335). Reserve-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1.

Kavallerie: Garde = Kürassiere; 1. Garde = Ulanen; Kürassiere Nr. 1, 3, 6; Dragoner Nr. 1, 11; Reserve-Dragoner Nr. 4; Husaren Nr. 5; Reserve-Husaren Nr. 6; Ulanen Nr. 1 und 4; Jäger zu Pferde Nr. 2 (s. Komb. Kan.-Regt. des III. Reservekorps), 3, 5, 10, 13; Reserve-Jäger zu Pferde: Nr. 1; kombiniertes Regiment des III. Reservekorps; Reserve-Abteilung Nr. 82.

Feldartillerie: Regiment Nr. 14, 54, 56, 69, 81; Reserve-Regiment Nr. 3, 10, 12, 17, 20.

Fußartillerie: 2. Garde-Landwehr-Bataillon; Regiment Nr. 1, 10; Reserve-Regiment Nr. 7; Reserve-Batterie Nr. 22.

Pioniere: I. Garde-Bataillon; Bataillone: II. Nr. 4, I. Nr. 6, II. Nr. 7; Ersatz-Bataillone Nr. 2 und 5.

Verkehrsstruppen: Fernsprech-Doppelzug der 22. Infanterie-Division. Feldküchengeruppe.

Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 14 der 11. Armee.

Munitionskolonnen: Munitionskolonnen Nr. 3 des Korps Jankov; Feldartillerie = Munitionskolonnen Nr. 37 des I. Armeekorps sowie Nr. 1 (ohne Angabe des Armeekorps); Reserve-Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 9 des I. Reservekorps.

Arbeitsformationen: Arbeiter-Bataillon Nr. 5; Arbeiterkolonne Wasserburg.

Bayrische Verlustliste Nr. 198. — Sächsische Verlustliste Nr. 164.

Unterbundener Briefwechsel deutscher Gefangener in Frankreich.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird indirekt aus Paris gemeldet: Die französische Regierung hat den noch im Kriegsbereich befindlichen Gefangenen die Korrespondenz mit ihren Angehörigen in der Heimat verboten. Das Ministerium des Weßern hat der Pariser Presse über diese Maßnahmen gestern folgendes mitgeteilt: „Am 23. März und am 6. Mai hat das Ministerium die spanische Botschaft in Berlin erjucht, bei der deutschen Regierung Widerspruch zu erheben wegen der Unmöglichkeit, Listen der französischen Gefangenen zu erhalten, die sich noch in den augenblicklich vom Feinde besetzten französischen und belgischen Gebieten befinden. Der Minister hat darauf aufmerksam gemacht, daß eine systematische Verletzung des Artikels 14 des Haager Abkommens vorliege. Da der Protest ergebnislos blieb, hat das Ministerium der deutschen Regierung am 20. Mai durch Vermittlung der spanischen Botschaft bekanntgegeben, daß sich die Regierung der Republik angeht, das Ausbleiben einer befriedigenden Antwort verpflichtet sehen würde, als Vergeltungsmaßregel bis auf weiteres den in Frankreich noch im Kriegsbereich befindlichen Gefangenen jede Nachricht zu verweigern und ihnen das Recht des Briefwechsels zu entziehen. Da in dem festgesetzten Zeitraum keine Antwort der deutschen Regierung eingetroffen ist, wurde die angeforderte Maßregel zur Ausführung gebracht.“

Eine französische Broschüre in der Schweiz beschlagnahmt.

Die Lausanner „Avenue“ meldet aus Bern, daß die zweite Broschüre Védiers über deutsche Greuelthaten mit Ausdehnung auf den Kanton Gené vom Territorialkommando in Bern beschlagnahmt worden sei, und zwar auf Antrag der schweizerischen Oberpostdirektion.

Rücktritt eines griechischen Ministers.

Das Athener Blatt „Paris“ kündigt nach der „Agence Havas“ den Rücktritt des griechischen Ministers des Weßern, Zographos, an. Sunaris werde vorläufig an seiner Stelle das Portefeuille übernehmen, nur das Befinden des Königs habe bis jetzt den Rücktritt von Zographos verhindert.

Vom Hochverrat freigesprochen.

Der Gerichtshof in Bloemfontein sprach die des Hochverrats beschuldigten Mitglieder des Unionsparlaments Brand und Wessels frei.

Die Friedensfreunde in Amerika

deranstalteten eine bemerkenswerte Kundgebung, die nach politischer Schätzung von 80000 Personen besucht war, die ganze Straßenzüge besetzten. Die Teilnehmer waren vorwiegend Deutsche und Irlander. Der frühere Staatssekretär Bryan trat lebhaft für die Aufrechterhaltung des Friedens ein. Die Kundgebung ist die größte seit Jahrzehnten und machte tiefen Eindruck auch bei der gegnerischen Presse. Die englischen Blätter hatten die Kundgebung bereits registriert und gelagt, daß der 12500 Personen fassende Saal überfüllt war.

Ueber die Stimmung in Japan

berichtet die „Morning Post“ aus Tokio: Die japanische Regierung wurde wegen ihrer China-Politik sofort nach Eröffnung des Parlaments tagelang heftig angegriffen. Der Minister des Weßern wurde ein Verräter genannt, worauf ein Tumult entstand. Die Regierung verlangte, daß eine derartige unparlamentarische Sprache bestraft werde, aber das dazu eingeleitete Komitee unterstützte die Forderung nicht. Das Kabinett wird getadelt, weil es Artikel Gruppe 5, die das Publikum für die wichtigsten hielt, fallen ließ. Das Publikum war besonders gereizt, weil die Regierung anscheinend sowohl in der Aenderung

des Inhalts wie der Form dem auswärtigen Einfluß nachgab. Die Regierung stellt in Abrede, daß England und Amerika sich einmischen, aber ihr Demotik wird nicht geglaubt. Besonders die Rückgabe Kautschuks wird kritisiert, da die Regierung erklärte, daß sie keine bezerrigte Verpflichtung habe. Die Regierung bestreitet die Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Die Gefahr liegt im Oberhaus. Vielleicht kommt es der Regierung zuhatten, daß es das Krönungsjahr ist, worauf das Oberhaus Rücksicht nehmen dürfte.

Austausch deutscher und englischer Kriegsuntauglicher.

In Blijssingen (Holland) traf Montag nachmittag ein Transport britischer Invaliden ein, der nach England weitergeführt werden soll. Der Schah bestand aus 52 Invaliden, 300 englischen Pflegern und 47 englischen Militärärzten. Die holländische Presse lobt die prächtige Ausstattung des deutschen Lazaretzuges, der den Transport nach Blijssingen brachte. Dieser Zug wird von Blijssingen aus, die dort aus England ankommenden deutschen Invaliden nach Deutschland bringen.

Die Kommunalwahlen in Belgien

fallen nach einer Anordnung des Generalgouverneurs von Belgien, General von Blijssing in diesem Jahre aus. Auch die jährliche Kontrolle der Wählerlisten habe zu unterbleiben.

Englands Hemmung des neutralen Handels.

Einer Washingtoner Meldung zufolge wächst in den Vereinigten Staaten die Erregung gegen die englische Hemmung des neutralen Handels. Die amerikanischen Ausführfirmen erklären, ihr Geschäft werde demnach gehindert, daß ein bloßer Schadenertrag nicht genügen könne. Doch glaubt niemand, daß es zum Bruch kommen werde.

Die dänischen Baumwollspinnereien erklären sämtlich, ihre Betriebe in den nächsten Tagen einstellen zu müssen, falls England sein Ausfuhrverbot für Baumwolle und Baumwollgarne aufrecht erhält. Dänemark hat keinerlei Reserven an Rohbaumwolle. Mit der Stilllegung der dänischen Baumwollindustrie werden 70000 Arbeiter brodlos.

Nach der Petersburger „Njetsch“ sind die Verhandlungen über den schwedisch-russischen Durchgangsverkehr in das entscheidende Stadium getreten. Rußland sei danach bereit, die Getreidezufuhr nach Schweden in jedem Umfang freizugeben; Schweden verspricht wahlvollere Bedingungen für den russischen Güterverkehr. Voraussetzung für das Abkommen sei jedoch vor allem eine völlige Aenderung der englischen Unterdrückungspolitik gegen Schwedens Nordseehandel und der Verzicht auf die englische Kontrolle der schwedischen Einfuhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Minister gegen den Lebensmittelwucher.

Die Zweite sächsische Kammer verhandelte am Dienstag über einen nationalliberalen Antrag und über eine sozialdemokratische Interpellation, die beide die Tendenz haben, dem Wucher mit Lebensmitteln entgegenzuwirken und eine möglichst günstige Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln herbeizuführen. Außerdem stand eine Vorlage der Regierung mit zur Verhandlung, in der über die Maßnahmen berichtet wird, welche die Regierung zur Sicherstellung der Volksernährung getroffen hat.

Der Minister des Innern erklärte, die sächsische Regierung habe in der Hauptsache nur die für das Reich ergangenen Gesetzesmaßnahmen auszuführen; trotzdem übernehme sie gern die Mitverantwortung für das, was durchgeführt wurde. Die Preissteigerungen seien zum Teil eine unvermeidliche Folge des Krieges. Die sächsische Regierung trete jedoch bei der Reichsregierung für Maßnahmen gegen den Lebensmittelwucher ein, denn er sei gewissermaßen und in der jetzigen Kriegszeit geradezu verbrecherisch. Ein scharfes Einschreiten dagegen, womöglich durch ein Strafgesetz, sei nötig. Die Festsetzung von Höchstpreisen habe sich nicht als wirksames Mittel erwiesen, zumal Höchstpreise schnell zu Normalpreisen würden. Im übrigen müsse aber auch Rücksicht auf die Produktion genommen werden. — Der nationalliberale Abgeordnete Klejchke wies darauf hin, daß die Höchstpreise das feindliche Ausland zu der Meinung brächten, es fehle in Deutschland überhaupt an den wichtigsten Lebensmitteln. Er verwahrte sich dagegen, daß von agrarischer Seite die Schuld an dem Mangel in einseitiger Weise auf die Industrie geschoben werde. Ferner erwähnte er kritisierte der Redner die verschiedenen gesetzlichen und behördlichen Maßnahmen und geißelte besonders die Art der Kartoffelversorgung. — Genosse Lange begründete die sozialdemokratische Interpellation. Er wies eindringlich auf die schlechte wirtschaftliche Lage hin, in die weite Kreise des Volkes durch den Lebensmittelwucher gebracht worden sind, beleuchtete die Verhältnisse an der Hand einer Reihe von Einzelheiten und wies besonders auf die unverhältnißliche Verteuerung des Zuckers hin. Kennzeichnend sei, daß die Produkte des Auslands bei weitem nicht so im Preise gestiegen seien, wie die im Inland erzeugten. Es müsse mit aller Schärfe gegen die Drohnen vorgegangen werden, die aus der Notlage des Volkes Profite machen.

Der Minister beantwortete die Interpellation und betonte, die Regierung lehne die Gemeinschaft mit den Leuten ab, die Gewinne auf Kosten der noleidenden Bevölkerung einheimen. Die erhobenen Vorwürfe seien jedoch gegen die sächsische Landwirtschaft nicht zutreffend.

Holland.

Die sozialdemokratische Partei gegen die neue Militärvorlage. Eine Konferenz des Parteirats hat sich einstimmig gegen die Regierungsvorlage über die Ausdehnung der Arme und Einberufung aller Dienstfähigen zwischen dem 20. und 40. Lebensjahre ausgesprochen. In Utrecht fand eine große Demonstration der Arbeiterorganisationen gegen die Vorlage statt. Der holländische Parteivorstand veröffentlichte im Parteorgan „Het Volk“ ein Manifest an die Arbeiter, in welchem er zum Protest gegen die Vorlage auffordert. Es heißt darin: Die Vorlage erteile der Regierung die Befugnis, die Präsenzstärke der Armee von 300 000 auf insgesamt 700 000 Mann zu erhöhen. Sie sei zurückzuführen auf das Kesseltreiben, das militärische Kreise und einige großkapitalistische Gruppen zugunsten des Militarismus veranstaltet hätten. Eine so große Armee sei für die Aufrechterhaltung der Neutralität nicht notwendig, sie sei vielmehr geeignet, diese in Gefahr zu bringen.

gen. Das Drängen nach aktiver Teilnahme am Kriege, das sich schon in einigen Kreisen in beunruhigender Weise zu zeigen anfangen, werde durch die Vorlage gestärkt. Andererseits würden die jetzt schon auf dem Wolfe ruhenden Lasten noch in enormer Weise erhöht, die Staatsschulden vermehrt und das Land dem Bankrott näher geführt. Nicht gleichgültig könne das Volk dieser Gefährdung der Unabhängigkeit des Landes gegenüberstehen; die Partei widerspreche daher im wohlverstandenen Interesse des Volkes der Vorlage auch deshalb, weil sie die Aufrechterhaltung der internationalen Solidarität mit den Proletariern aller Länder wünsche und bis zum äußersten verteidigen werde. Die sozialistische Partei könne die Regierung insofern unterstützen, als sie an der friedliebenden Politik der absoluten Neutralität festhalte.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 1. Juli.

Ein Speckjäger.

Man hat es den Frauen immer sehr verargt, daß sie die Lektüre der Zeitung auf der linken Seite beginnen. Ganz mit Unrecht. Der Anzeigenteil ist in Wirklichkeit ein interessanter Teil des Blattes, interessanter oft als der Roman. Besonders in der Kriegszeit, und wenn man die Inserate mit Verstand studiert. Sie gewähren tiefe Einblicke in unser Wirtschaftswesen und zeigen, wo der Hebel bei manchen Uebelständen angelegt werden könnte, und wo er unbedingt angelegt werden muß, wenn der Gesamtheit nicht schwerer Schaden erwachsen soll.

Wie oft ist in den zurückliegenden Monaten die deutsche Hausfrau aufgefordert worden, nichts unkommen zu lassen, kein Brotkrümchen, kein Stückchen Kartoffel, kein Getraube. Küchenzettel mit abenteuerlich zusammengestellten Gerichten wurden veröffentlicht und in einer Broschüre wurde gar empfohlen, wie weiland König Nebukadnezar oder ein anderer alter Heide Gras und Unkraut zu verfrachten. Allerdings gefocht, denn in etwas muß ja wohl der Kulturfortschritt in drei Jahrtausenden zum Ausdruck kommen.

Allerhand Hochachtung vor den Männern und Frauen, die ihrer Vaterlandsliebe durch solche Rezepte zum Gebrauch für — andere Ausdrück und Betätigung geben. Aber der Liebe Müßwar umsonst und ganz zwecklos verpufft. Wir hatten Nahrungsmittel genug. Nie es erst: Kocht die Kartoffeln in der Schale, so müßt es jetzt heißen, schält die Knollen daunenwid, damit sie nicht verfaulen.

Und ist es mit dem Fett etwa anders? Welche schwere Not hat jetzt jede Mutter aus dem Arbeiterstand und auch aus Mittelstands- und Beamtenkreisen, den Fett Hunger, die Eier der Körper nach Fett zu stillen. Eine Reihe von Speisen ist ohne Fett gar nicht genießbar herzustellen, und dabei werden Preise gefordert, die glatt unerschwinglich sind.

Jedermann im Reiche würde sich mit einem Zuwenig dieses wichtigen Nahrungsmittels trödeln abfinden, wenn es nötig wäre. Das ist es aber nicht. Wir haben keinen Mangel, wir haben auch an Fett so viel, daß wir es verderben lassen können wie die Kartoffeln.

Wer das behauptet? Nun, der Anzeigenteil der Zeitung. Im „Berliner Tageblatt“ Nr. 310 finden wir folgendes Inserat: 175 Zentner Speck,

geräuchert, mager und fett, durch Tagern etwas geflitten, geteilt oder im ganzen preiswert zu verkaufen.

Hier bietet ein deutscher Patriot und Ehrenmann 17500 Pfund der seltenen, vielbegehrten Ware an. Er hatte wohl darauf gerechnet, daß der Speck noch auf vier Mark für das Pfund steigen würde. Nun ist aber die Hitze gekommen und dadurch hat der Borrat „etwas geflitten“.

Wie jart, wie zurückhaltend verhält sich dieser elende Nahrungsmittelwucherer auszudrücken! Ganz will er seinen angekauften Speck noch nicht auf den Dünghaufen werfen. Tugend ein moralisch gleichwertiger deutscher Bürger wird sich schon finden, der die geräucherten Kabaertile erwirbt, sie zu prima Schmalz „ausläutert“ und diese Schmalze dann als Schmalz zu 2 Mark das Pfund — verkauft.

Solche Leute wie dieser Speckjäger im großen, verstehen das „Durchhalten“ so, daß der größte Teil des Volkes auf den Schlachtfeldern Gut, Blut und Leben läßt, während sie sich auf dem Gebiete unerklärlicher Bewunderung jener und ihrer Frauen und Kinder betätigen. Wahrhaftig, auch ein „edles“ Handwerk! Und diesem schamlosen Treiben sollte kein Riegel vorzuziehen sein? Sonstbar, höchst lobenbar bei der behördlichen Eifertigkeit, die man auf andern Gebiet nur bewundern kann. . . .

Freizügigkeit der Brottarten für Binnenfahrer. Durch gemeinsamen Erlass der zuständigen Minister ist für ganz Preußen die Freizügigkeit der Brottarten für Binnenfahrer angeordnet worden. Die bisherige Regelung und Versorgung der Binnenfahrer mit Brot und Mehl hat namentlich wegen der Verschiedenartigkeit der Bestimmungen in den einzelnen Verwaltungsbezirken zu lebhaften Klagen Anlaß gegeben, so daß der Erlass einheitlicher Vorschriften für das ganze Staatsgebiet notwendig geworden ist. Die in der Binnenfahrtsfahrt beschäftigten Personen und die sie begleitenden Familienangehörigen sind ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit während der Fahrt mit Mehl und Brot innerhalb der festgesetzten Verbrauchsgrenzen auf Grund besonderer Schifferbroskorten von denjenigen Kommunalbehörden zu versorgen, deren Bezirk sie auf der Fahrt berühren. Die Versorgung durch den Heimatskommunalverband ruht so lange, wie die Geltungsdauer der Schifferbroskorten reicht. Der Schiffer hat für jede einzelne Fahrt von der Hafenbehörde des Antrittsortes der Fahrt oder bei außerhalb Preußens beginnenden Fahrten das zuerst erreichte preussische Hafensort einen Ausweis zu fordern, in dem sein Name, der Name oder die Bezeichnung des Schiffes und die Zahl der von ihm auf dem Schiff zu versorgenden Personen eingetragen ist. Gegen Vorlegung des Ausweises erhält der Schiffer von den lokalen Behörden und Organen der Wasserbauverwaltung und der Wasserfahrei Brottarten mit vierzehntägiger Gültigkeit. Die Schifferbroskorte wird einheitlich für das Staatsgebiet hergestellt. Der Polizeipräsident zu Berlin ist beauftragt, die Drucklegung der Karten zu veranlassen.

Die Ueberbürdung der Kinder in den Schulen.

Im Institut für experimentelle Pädagogik und Psychologie in Leipzig hielt vor kurzem Privatdozent Dr. Brahn einen Vortrag über die Untersuchung von Ermüdungserscheinungen bei Schulkindern. Die Behauptung von der Ueberbürdung der Schüler, so führte der Redner aus, sei schon mehr als hundert Jahre alt. Die Ursache sei aber schwer festzustellen. In den Volksschulen würde die Schuld der gewerblichen Arbeit und in den höheren Schulen der Ueberbürdung der Schüler angerechnet. Zwischen Ermüdung und Müdigkeit sei ein weiter Unterschied. Ermüdung trete bei jeder Tätigkeit von längerer Dauer ein. Müdigkeit sei die Folge gehäufter Ermüdungen, die sich bis zur Erschöpfung steigern und durch Schlaf abgelöst werden können. Körperliche Ermüdung wirke auch auf die geistige Tätigkeit hemmend ein und umgekehrt. Die Ermüdung macht sich in der Abnahme der Menge und Güte der Leistungen bemerkbar. Ein Wiener Schularzt habe festgestellt, daß ein Gift, das sich bei dauernder Tätigkeit in dem angetragenen Körper entwickelt, unter das Blut mischt und die Müdigkeit erzeugt. Durch genügende Erholung (schleide das Gift wieder aus dem Blute aus).

Methoden zur Messung der Ermüdung seien erst in den letzten Jahrzehnten erfunden worden. Der Dynamometer als einfachster Apparat, messe den Druck der Hand. Damit sei festgestellt, daß der Druck nach mehreren Stunden Unterricht schwächer ist als vor dem Unterricht. Genauer mißt der Ergograph des Jankainers das Ermüdung. Hier läßt nur ein Tragen

Die gleichmäßige Tätigkeit aus. Die auf eine halbe gestrichelten Kurven zeigen dann die Ermüdung an. Eine andere Methode wird mit der Anwendung des Lasterzirkels verfolgt. Die beiden Spitzen des Zirkels werden dem Kinde auf den Handrücken gesetzt. Dabei wird untersucht, bei welcher Entfernung das Kind noch beide Spitzen fühlt. Bei weniger als 7 Millimeter Entfernung fühlt man, wie Brahm im Experiment nachwies, nur eine Spitze. Die Untersuchungen haben ergeben, daß die Kinder gewöhnlich an Morgen bei 11 Millimeter Entfernung beide Spitzen fühlen, während sie nach dem Unterricht erst bei 17 bis 20 Millimeter Entfernung beide Spitzen fühlen. Weitere Methoden, um die Ermüdung festzustellen, sind: das Zusammenzählen einseitiger Zahlen, das Diktat, das Durchstreichen mehrerer wiederkehrender Buchstaben in einem Aufsatz, das Einfügen von Silben und Worten in einem Text und die Sachbildung aus drei gegebenen Worten.

Alle Methoden ergeben das gleiche, nämlich, daß die Aufmerksamkeit von der Ermüdung zuerst beeinflusst wird. Dann folgen der Vorstellungsverlauf und das Urteil. Die Ermüdungsuntersuchungen in der Schule haben ergeben, daß der einstündige Unterricht für Kinder unter zwölf Jahren zu lang ist. Bei einem normalen Kinde von neun Jahren treten schon nach 30 Minuten Ermüdungserscheinungen ein. Dr. Brahm vertritt die Ansicht, daß erst nach der Pubertät der Unterricht eine Stunde dauern könne. Es empfiehlt sich, die Unterrichtszeit abzukürzen in halbe, dreiviertel und ganze Stunden, wie es in Amerika eingeführt ist. Auch die Pausen müßten nach bestimmten Grundrissen eingeteilt werden, weil sie sonst mehr schaden als nützen könnten. Die Frage, ob nur Vormittags- oder auch Nachmittagsunterricht erteilt werden sollte, mußte noch erörtert werden. Nach den Ergebnissen der Untersuchungen sei ein Viertel der Schüler am Nachmittag nicht für den Unterricht brauchbar. Allerdings müßten bei der Forderung auf Beseitigung des Nachmittagsunterrichts noch soziale und wirtschaftliche Verhältnisse berücksichtigt werden. Weiter sei die Ermüdung an den einzelnen Tagen und Wochen untersucht worden. Danach müßten auch die Ferien nach anderen Grundrissen verteilt werden als bisher. Den Ermüdungsprozeß innerlich zu verfolgen, sei eine Aufgabe der nächsten Zeit, um auch aus diesem Ergebnis der Forschung Nutzen für die Schule zu ziehen.

Bereitstellung von Backwaren. Der Lübische Senat verordnet: Der § 1 der Ausführungsverordnung des Senates vom 7. April d. J. zu der Bekanntmachung über die Bereitung von Backwaren vom 5. Januar 1915 erhält folgende Fassung: Bei der Bereitung von Roggenbrot ist das Roggenmehl durch mindestens 20 Gewichtsteile Weizenmehl zu ersetzen. Bei der Bereitung von Roggenfeinbrot muß das Roggenmehl durch 30 Gewichtsteile reines Weizenmehl ersetzt werden. Wird Weizenmehl, dem schon Roggenmehl beigegeben ist (Weizenkriegsmehl), als Ersatz des Roggenmehls verwendet, so müssen von diesem Weizenkriegsmehl entsprechend mehr Gewichtsteile dem Roggenfeinbrot zugelegt werden.

Kriegsblinde. Man schreibt uns: Auch in unserer Stadt wird für Kriegsblinde gesammelt. Dabei ist von einer Seite die Zahl der Kriegsblinden auf 20 000 angegeben. Das ist eine geradezu wahrnehmbare Behauptung; wie zuverlässig festgestellt, kommen zurzeit für ganz Deutschland noch nicht 300 Kriegsblinde in Betracht. Eine Ehrenpflicht ist es gewiß, für diese ausreichen zu sorgen. Ob dazu aber, wie es jetzt der Fall ist, mehrere Geldsammler und Fürsorgestellen erforderlich sind, muß bezweifelt werden. Unbedingt abzulehnen ist aber eine Sammel-tätigkeit, die mit so großartigen Unwahrheiten vorgeht, wie dies eben angeführt wurde.

Wie stillen wir in der Sommerhitze unseren Durst? Viele Menschen glauben dies dadurch zu erreichen, daß sie kaltes Wasser trinken; das reicht aber nur die Schweißdrüsen zu vermehrter Tätigkeit an, sie schmecken also härter und das Durstgefühl stellt sich wieder ein. Völlig unklar ist es, sich zu diesem der alkoholischen Reizmittel zu bedienen. Für eine Zeit lang lindern sie den Durst, indem sie auf die Speicheldrüsen einen kräftigen Reiz ausüben, bald aber führen sie eine Erschlaffung der kleinen Blut-

gefäße herbei und vermehren die Herzstätigkeit, weshalb ihrer Einnahme bald die Vergeltung folgt. Dagegen ist während der heißen Jahreszeit der kühlende Einfluß der Säuren wohl zu beachten. Der Geschmack mag entscheiden, ob man diese oder jene Säure wählt. Eine schwache Lösung von Zitronen- oder Weinsäure, eine unversüßte Limonade wird erfahrungsgemäß viele Personen erfrischen. Wer den Apfelwein verträgt, mag ihn, zur Hälfte mit abgekochtem Wasser versetzt, zur Stillung seines Durstes versuchen; er beachte, daß der ungesüßte Apfelwein viel schwächer ist. Der kalte Tee hat auch seine Liebhaber, hat aber auch seine Nachteile, und zu diesen zählt in erster Linie der Umstand, daß er, wenn er spät abends getrunken wird, vielen den Schlaf raubt. Es empfiehlt sich also, sich die kleine Mühe nicht verdrießen zu lassen, sich zu Hause eine gute Limonade zu bereiten und sich dieselbe durch Mischung mit reinem Sodawasser angenehm zu machen. Zudei sollte man nicht hinzusehen, da er bei feiner Oxidation zu viel Hitze entwickelt.

Im Betriebe der Feldpost macht sich im weitem Umfange der Uebelstand geltend, daß die auf die Sendungen geklebten Aufschriften unterwegs abfallen, wodurch die Sendungen unbestellbar werden. Besonders sind es die Umhüllungen aus Papier, auf denen die Aufschriften schlecht haften. Auf solche Umhüllungen muß die Aufschrift mit Tinte niedergeschrieben werden.

Besuch der Volkstische im Monat Juni 1915. (Es wurden abgegeben: 10 057 große Portionen und 5 808 kleine Portionen, im ganzen 15 865 Portionen. 30 Tage wurden pro Tag 506 Portionen gekocht. 4 744 große Tassen Kaffee à 5 Pfg. = 237,20 Mk., Abendessen 1290,15 Mk. 41 050 Kinder à 10 Pf. = 410,15 Mk.)

pb. Verhaftet. Ermittelt und festgenommen wurde ein Schlächtergeselle von hier, der sich des Diebstahls und der Unterschlagung schuldig gemacht hat.

pb. Diebstahl. Am 26. v. M. wurde von einem im hiesigen Hafen liegenden schwedischen Dampfer 1 silberne Uhr, 1 schwarzer Haarnetz, — im Innern steht die Firma Anderson & Edgren, Esniva — und 2 Hemden mit blauem Einsatz gestohlen.

Hamburg. Die Bürgerchaft brachte in ihrer gestrigen Sitzung zunächst den Wunsch zum Ausdruck, daß der Kleinerkauf von Gasloks an minberbemittelte Leute wieder eingeführt werden möchte. Besonders Genosse Stolten trat warm dafür ein. Eine längere Debatte verursachte ein Antrag von Partomb Müller auf Verleihung eines militärischen Ehrenzeichens, welches auf Vorschlag der Militärbehörden Teilnehmern des gegenwärtigen Krieges zu verleihen wäre, die sich durch Verdienste vor dem Feinde ausgezeichnet haben. Die auszuzeichnenden Kriegsteilnehmer müssen hamburgische Staatsangehörige sein oder den Feldzug in einem aus Hamburg rekrutierten oder in Hamburg garnisonierenden Truppenteil der Land-, See- oder Luftmacht mitgemacht haben. Gegen diesen Antrag wandte sich Dr. Petersen von den Vereinigten Liberalen, der betonte, daß man mit der Schaffung von Orden die gute alte hamburgische Tradition verliere. Das Ordenszeichen passe wenig in unsere Zeit. Wir können unseren Dank an das Heer anders bezeugen. Auch Genosse Stolten äußerte sich in gleichem Sinne. Wir sind grundsätzliche Gegner des Ordenswesens, auch wenn wir die Leistungen unserer Truppen bewundern. Preußen hat neben dem Eisernen Kreuz, das allerdings ursprünglich preussisch war, jetzt aber allgemeines deutsches Ehrenzeichen ist, ebenfalls kein besonderes Ehrenzeichen. Mit dem allen Kriegsteilnehmern verleihtene hamburgische Ehrenzeichen wird dann lediglich die Laskage belohnt, daß die Betreffenden zufällig in Hamburg geboren sind, oder in einem Hamburger Regiment diente. Wenn überdies das Reich ein allgemeines Ehrenzeichen allen Kriegsteilnehmern verleiht, so ist die Schaffung des allgemeinen Hanseatenkreuzes erst recht überflüssig. Trotz dieser Ausführungen wurde der Antrag Müller angenommen. — Mandatsniederlegung. Bürgerchaftsmitglied Schaumburg hat an das

Präsidium der Bürgerchaft ein Gesuch um Entlassung aus dieser Körperschaft eingereicht; die Gründe wurden nicht angegeben. Schaumburg war Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion und gehörte der Bürgerchaft seit dem Jahre 1904 an. Sein Nachfolger wird der Parteisekretär Genosse Heinrich Lüth werden.

Hamburg. Empfindliche Strafe für einen Zahntechniker. Die hiesige Strafammer hat am 1. März den Zahntechniker Wilhelm Hartung wegen Rückfallbetrugs zu 6 Monaten Gefängnis und 1 Jahre Ehrenrechtsverlust verurteilt. Der Angeklagte, der früher sein Gewerbe selbständig ausübte war später nur als Stadtreisender für den Zahntechniker S. tätig. Im Februar 1914 bestellte eine Frau G. bei dem Angeklagten ein Gebiß für 95 Mk. und zahlte 50 Mk. in der Erwartung, daß er selbst das Gebiß anfertige. Es fiel ihr auf, daß der Angeklagte sie zur Vornahme der Vorarbeiten in die Geschäftsräume des Zahntechnikers S. bestellte, der Angeklagte beschwichtigte sie aber in dieser Hinsicht. Später erkannte S., als er das Gebiß ihr lieferte, die an den Angeklagten geleistete Anzahlung nicht an. Frau G. ist deshalb geschädigt und hat erklärt, sie würde dem Angeklagten die 50 Mk. nicht geben haben, wenn sie gewußt hätte, daß er das Gebiß nicht selbst anfertigen würde. Die Revision des Angeklagten, der sich u. a. über die Nichtvernehmung des im Felde befindlichen Zahntechnikers S. beschwerte, wurde heute vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Penzlin. Mordmörder Kaubmord. Wie die „Güstrower Zeitung“ meldet, wurde in den Wiesen der Feldmark Penzlin der schwächliche Heinrich Stod aus Penzlin, im Gebüsch versteckt, als Leiche aufgefunden. Stod wies schwere Kopfverletzungen auf. Sein Geld, etwa 40 Mk., fehlte. Die Verdachtsmomente lassen auf Raubmord schließen. Von dem Täter hat man bisher keine Spur.

Handels- und Marktnachrichten.

Schweinemarkt.

Hamburg, 30. Juni 1915.

Auftrieb: 278 Stück. Handel: sehr flau.

Bez. f. 50 kg nach Abzug der Lata	Bez. f. 50 kg Lebendgem.
Fettfleisch über 300 Pfund	—
Beste schw. r. Schweine über 260 Pfund	—
Mittelschw. r. Schweine über 240—260 Pfund	—
Mittelschw. r. Schweine über 200—240 Pfund	135
Gute leichte Schweine unter 200 Pfund	120—127½
Geringere Schweine	90—100
Beste Sauen	133—135
Geringere Sauen	—
	98—99½
	68½—76
	106½—108

Verantwortlich für die Rubrik „Lübed und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Oswigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübed.

Inserate

finden durch den „Lübeder Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübeder Volksboten“.

Verkauf lebender Butt vom Boot aus
am Freitag, dem 2. Juli 1915
vermittags von 7¼ Uhr ab an der
Polsterbrücke (2911)
Eutiner Brücke
Straßföhre
Drehbrücke
Häpsterbrücke.
Pfund 30 Pfg.
Lebende Aale
Polsterbrücke

Der Kampf gegen England wird zum Ziel in der Küche ausgefochten!
Wahrhaftig der „Kriegesblitz“.

Im Juli u. August wird mein Geschäft
nachmittags 5 Uhr
geschlossen. 2905
J. L. Würzburg.

Sambere Schlafstelle
Woche 2.— Mk.
(2910) Hanjstraße 106.

Frdl. möbl. Part.-Zimmer
nach vorne zu vermieten.
(2899) Lindenstraße 63 a.

Gesucht a. 1. Ort eine freundl.
2-Zim.-Wohnung, mögl. mit
Gas, Holstentor-Nord. Ang. u.
R K 110 an die Exp. (2901)

Zum 1. Oktober 2- oder 3-
Zimmer-Wohnung gesucht vor
dem Holstentor. Angebote unt.
P 5 7 an die Expd. (2909)

Guterhaltener Kinderwagen
zu verkaufen. (2900)
Alsterstraße 34, 1. Etg.

6 einjährige Legehühner
zu verkaufen. (2902)
Feldstraße 31. pt.

Akademischer Unterricht
in der Damenschneiderei.
Zeichnen und Zuschneiden
sämtl. Damen- u. Kindergeräth.
Frau Baisch, Große Burg-
straße 42, III. 7.

Ludwig Prösch, Buchbinder
Güterstraße 73 (2908)
empfiehlt sich zu allen in seinem
Fach vorkommenden Arbeiten.

Gewerbe nach zu allen in meinem
Fach vorkommenden Arbeiten.
Th. Schulz, Tischlermeister,
2912 Adlerstraße 41.

Prima Petroleum
Liter 60 Pfg. (2903)
Fr. Neelsen, Deppen 53.

Geräucherte Aale
auf Bestellung
Band 60 Pfg.
(2906) Klappstraße 23, I.

Plafate

mit Aufdruck:
„Hier ist eine Wohnung zu ver-
mieten“
„Hier ist ein möbliertes Zimmer
zu vermieten“
„Hier ist ein Zimmer zu vermieten“
„Hier ist ein Logis zu vermieten“
„Dieses Haus ist zu verkaufen“
„Hier wird keine Wäsche sowie
Hausstandswäsche gewaschen
und geplättet“
„Kuchen ist nicht gebackt“
„Auswärts geschlachtetes Fleisch“
„Dieses Fleisch u. Wurstwaren“
ff. Eisbein mit Sauerkohl“
ff. Bierwürst“ usw. usw.

hält vorrätig
Buchdruck. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

la. Speise-Bohnenmehl
(ohne Brotmarken) offeriert zu
Mk. 0.50 per Pfd.
178
Carl Mall, Aischeide 12.

Deutsch-Französisch.
Sprachbüchlein für Feldsoldaten.

Zusammengestellt von
Georg Davidsohn.
— Preis 15 Pfg. —

Buchh. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** 10
Markt 4
sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung und sehr
94) billige Preise. U. a.:
Leberhosen . . . 2.20—6.45
Maurerhosen . . . 2.60—6.75
Schlofferhosen . . . 1.88—5.25
überziehhosen . . . 1.08—2.35
Journ-Hosen . . . 1.68—3.25
leinene Jacken, Stränge und
gerade, 1.28, Kagen, Hemden,
Schlacherjacken, Friseurjacken
Malernmäntel erstaunlich billig
Mägen von 30 4 bis 1.88 Mk.
Note Lübeckmarken.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“
Fehmannstraße 46.

Konsumverein für Lübed u. Umgegend

e. G. m. b. H.
Außerordentlichen Anklang haben die von uns her-
gestellten Brause- und Selterwasser bei unseren Mitgliedern
gefunden. (Umsatz im Monat Juni 20 000 Flaschen.)
Eine Schwierigkeit macht nur die Beschaffung von
Flaschen. Wir glauben, uns hiermit genügend vorgesehen
zu haben, müssen aber feststellen, daß eine unverhältnis-
mäßig große Zahl von Flaschen im Verkehr bleibt.
Um deshalb keine Stockung in der Lieferung unserer
kostbaren Getränke eintreten zu lassen, richten wir an
alle unsere Mitglieder die bringende Bitte, leere Brause-
oder Selterflaschen möglichst schnell an die Abgabestellen
wieder abzuliefern und vor allen Dingen keine zu andern
Zwecken zu benutzen. Die Beschaffung von neuen Flaschen
ist augenblicklich äußerst schwierig und außerdem erheblich
teurer als in normalen Zeiten.
Wir hoffen deshalb, daß alle Mitglieder uns in der
angegebenen Weise unterstützen.
(2868) Der Vorstand.

Oldesloer Feinbrot ohne Brotmarken
Huxstraße 113. 818

Deutscher
Buchbinder-Verband
Zahlstelle Lübed.

Wittwoch früh 1 Uhr ent-
scheidend langem schwerem
Leiden in seinem 65. Lebens-
jahre unser Kollege
Friedr. Neumann.
Oben seinem Andenken!
Lübed, den 1. Juli 1915.
Beerdigung am Sonn-
abend, den 3. Juli, Trauer-
feier nachmittags 2¼ Uhr
in der Kapelle des Vorwerter
Friedhofes.
(2913) Der Vorstand.

Stadtschlichter zuverlässiger
Begleitmann
(Stollmann) für den Städtgüter-
wagen sofort gesucht. (2914)

H. J. Reimers, G. u. S.,
Danzwitzerstraße.
Suche Stellung als (2904)
Kassierer od. Schreiber.
H. Peper, Völkstraße 11.

Zu sofort oder 1. Oktober eine
3-Zimmer-Wohnung mit Stall,
Baden, Keller u. Gartenland zu
vermieten. Geis 11. (2898)

Zweiter-Zimmer-Wohnung zum
1. Oktober zu vermieten. (2916)
Berdestraße 10.

Möbliertes Zimmer
zu vermieten. (2915)
Berdestraße 30, II.

Deutschland und Amerika.

Oberregierungsrat Dr. Meyer-Gerhard, der als Vertreter des Reichskolonialamtes bei der deutschen Botschaft in Washington die ganze Kriegszeit über bis vor kurzem in Amerika lebte und zurückkam, um dem Auswärtigen Amt persönlich Bericht über die Stimmung in Amerika zu erstatten, gibt seine Auffassungen in einem Artikel des roten „Tag“ (Nr. 149 vom 29. Juni) wieder. Der Artikel lautet, unter Fortlassung einiger weniger wichtiger Stellen, wie folgt:

„... Mein Aufenthalt in Amerika während der ersten neun Monate des Krieges und mein jetziges näheres Bekannntwerden mit der in weiten Kreisen Deutschlands verbreiteten Ansicht über die Vereinigten Staaten haben mir die Überzeugung gegeben, daß diese beiden Länder sich nicht voll verstehen. In Deutschland ist die früher sehr freundliche und freundschaftliche Stimmung für die Amerikaner dadurch gedämpft worden, daß man Unstuf genommen hat an der Sinnetzung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten zu England und daß man den Umfang und die Art der Lieferung von Kriegsmunition an unsere Feinde als unfreundliche Handlung empfindet. In den Vereinigten Staaten andererseits wirft man Deutschland vor, daß es die Neutralität Belgiens verlegt und sich dem „Militarismus“ verschrieben habe, um die ganze Welt zu erobern! Endlich und nicht zum wenigsten hat der gewalttätige Tod amerikanischer Bürger auf der „Lusitania“ die Stimmung zum Nachteil Deutschlands beeinflußt.

Was zunächst die behauptete Sinnetzung der Vereinigten Staaten zu England betrifft, so ist es allerdings der amerikanischen Presse meist nicht gelungen, die schwierige Bahn wahrer Neutralität zu halten. Mit einzelnen rühmlichen Ausnahmen und vor allem mit Ausnahme der deutsch geschriebenen, geben die Zeitungen England zu viel Licht und Deutschland zu viel Schatten. ... Wer es ist, und das möchte ich besonders betonen, darauf hinzuweisen, daß trotz des nicht zu unterschätzenden Einflusses der Zeitungen auf die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten, die öffentliche Meinung keineswegs mit der Stellung der Zeitungen identifiziert werden darf. Amerikanische Staatsmänner lieben es, von der großen Menge der denkenden, ruhigen, sich zurückhaltenden amerikanischen Bürger zu sprechen und den Einfluß dieser politisch nicht hervortretenden Bevölkerungsschichten als den entscheidenden zu bezeichnen. Vielsache persönliche Erfahrungen, die ich in den verschiedensten Teilen der Vereinigten Staaten zu machen Gelegenheit hatte, haben mich überzeugt, daß diese Kreise Deutschland weit freundlicher gesonnen sind, als man nach der Stellungnahme der Zeitungen, die sie lesen, annehmen sollte. Im übrigen darf nicht übersehen werden, daß die Vereinigten Staaten ihre Sprache, ihr Recht, einen großen Teil der öffentlichen Einrichtungen und tausend Kleinigkeiten, die das tägliche Leben regeln, von England übernommen haben, und daß die Gemeinsamkeit der Sprache eine fortgesetzte Beeinflussung durch England in hohem Maße erleichtert. Die gewaltigen Leistungen Deutschlands in diesem Kriege, seine Tüchtigkeit auf militärischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete haben aber die Aufmerksamkeit der Vereinigten Staaten in gesteigertem Maße auf deutsche Einrichtungen gelenkt; Kreise, die bislang von Deutschland wenig wußten, haben angefangen, sich mit ihm zu beschäftigen. Der Krieg hat vor allem die Wirkung gehabt, daß die Deutsch-Amerikaner, unbeschadet ihrer Loyalität für ihr neues Vaterland, sich in verstärktem Maße ihrer deutschen Abstammung bewußt geworden sind und daß sie sich mit der deutschen Kultur stärker verbunden fühlen. Da diese Kreise einen erheblichen Teil der Bevölkerung der Vereinigten Staaten bilden, würde es schon deswegen ungerichtet sein, allgemein von einer unfreundlichen Stimmung der amerikani-

sehen Bevölkerung gegen Deutschland zu sprechen. Neben den Deutsch-Amerikanern sind noch andere, wenn auch nicht so große Bestandteile der amerikanischen Bevölkerung mit ihren Sympathien auf der deutschen Seite. Jedenfalls dürfen wir mit Recht hoffen, daß in dem Maße, wie die Bevölkerung der Vereinigten Staaten mit Deutschland bekannter wird, sie gesteigerte Sympathie für das deutsche Volk empfindet.

Es ist leider nicht zu bestreiten, daß Aufträge über Lieferungen von großer Munitionsmengen an die Gegner Deutschlands in den Vereinigten Staaten übernommen und zur Ausführung gebracht worden sind. Ich habe allerdings den Eindruck, daß man in Deutschland geneigt ist, den Umfang der Aufträge für Munition mit dem der ausgeführten Lieferungen zu verwechseln. Bistlang ist ein noch nicht sehr großer Teil der Bestellungen zur Ausführung gelangt. ... Zur richtigen Beurteilung des amerikanischen Volkes ist zu bemerken, daß es in seiner überwiegenen Mehrheit die Munitionslieferungen mißbilligt. Wenn es zu einer Volksabstimmung kommen würde, so ist mit Vergegenwärtigung, würde sich die Mehrheit des amerikanischen Volkes gegen die Lieferung von Munition aussprechen. In erster Linie sind es gewisse Kreise von Geschäftsleuten, welche sich die großen Einnahmen aus dem Munitionsvorverkauf nicht entgehen lassen wollen. ...

Ebenso wie wir Deutschen uns durch die Englandfreundlichkeit eines Teils der amerikanischen Bevölkerung und durch die Munitionslieferungen verletzt fühlen, glauben weite Kreise in den Vereinigten Staaten ein Recht zur Besetzung gegen Deutschland wegen der Behandlung Belgiens, wegen der Gefahr, welche dem Weltfrieden durch den deutschen Militarismus drohe, und wegen des gewalttätigen Todes amerikanischer Bürger infolge Versenkung der „Lusitania“ zu haben. ... Es geht ihnen in dieser Frage nicht anders als der Bevölkerung Deutschlands in den Fragen, in denen sie sich von Amerika geschädigt fühlt. Wenn aber beide Völker subjektiv im Rechte zu sein glauben, fragt es sich, welches der beste Weg ist, um die Verschiedenheit der Ansichten auszugleichen. Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika haben bislang dauernd in Frieden miteinander gelebt. Kein Land hat so viel Hingabe seines Volkstums zum Aufbau der Bevölkerung der Vereinigten Staaten beigetragen wie Deutschland. Politische oder wirtschaftliche Gegensätze von irgendwelcher grundsätzlicher Bedeutung bestehen zwischen beiden Ländern nicht. Es handelt sich deshalb lediglich um Mißverständnisse, wie sie auch unter Freunden vorkommen. Kein besonnenner Mann wird eine langjährige Freundschaft leichtem Herzens von sich werfen, weil er sich mit seinem Freunde einmal nicht gleich voll verständigen kann. Ebenso werden besonnene Völker handeln. Die Freundschaft zwischen Deutschland und Amerika ist für beide Völker ein köstliches Gut und es ist wohl wert, zu sorgen, daß es beiden erhalten bleibe.“

Das Gesetz zur Einschränkung der Verfügung über Miet- und Pachtzinsforderungen.

Von Otto Landsberg, Rechtsanwalt und M. d. R.
Das in der Ueberschrift genannte Gesetz, das am 20. Juni d. J. in Kraft getreten ist, verdient in den Kreisen der Bevölkerung, wenn sie vor Vermögensschaden bewahrt bleiben will, die größte Beachtung. Das Gesetz bezweckt den Schutz der Hypothekengläubiger gegen Verfügungen des Grundstückseigentümers über die Miet- und Pachtzinsen. Eine Hypothek ist bekanntlich eine Forderung, für die durch Eintragung in Grundbuch ein Pfandrecht an einem Grundstück bestellt ist. Für die auf einem Grundstück ruhenden Hypotheken haften nicht bloß das Grundstück mit allem Zubehör, sondern auch die Mietzinsforderungen, die dem Eigen-

tümer auf Grund von Mietverträgen gegen seine Mieter zustehen. Gleichwohl darf der Grundstückseigentümer über die Mietzinsforderungen verfügen, d. h. er darf sie einzuziehen, abtreten, verpfänden; auch dürfen andere als die Hypothekengläubiger, z. B. Arbeiter wegen ihrer Lohnforderungen an den Grundstückseigentümer, dessen Mietzinsforderungen für sich pfänden lassen. Wäre nun das Recht des Grundstückseigentümers, über die Mietzinsforderungen zu verfügen, uneingeschränkt, so könnte er sie auf 10 oder 20 Jahre im voraus abtreten, und dem Hypothekengläubiger wäre dann ein Vermögenswert, der nach dem Gesetz dazu bestimmt ist, ihre Forderungen zu sichern und zu ihrer Befriedigung zu dienen, entzogen. Deshalb war von jeher das Recht des Grundstückseigentümers, zum Nachteil der Hypothekengläubiger über die Mietzinsen zu verfügen, beschränkt. Das neue Gesetz geht in dieser Beziehung über den bisherigen Rechtszustand hinaus.

Zahl der Eigentümer eines Grundstücks die hypothekarisch gesicherte Forderung nicht zurück, obwohl sie fällig geworden ist, oder ist er mit der Entrichtung der Hypothekenzinsen im Verzug, so hat der Hypothekengläubiger das Recht,

1. die Zwangsversteigerung des Grundstücks einleiten zu lassen; das Grundstück wird dann gerichtlich versteigert, und der die Zwangsversteigerung betreibende Gläubiger hat einen Anspruch auf Befriedigung aus dem Kaufpreis, den der Ersteher zahlt.

2. die Zwangsverwaltung des Grundstücks herbeizuführen; in diesem Falle verliert der Eigentümer das Recht, das Grundstück zu verwalten, und dieses Recht geht auf einen gerichtlich bestellten Verwalter über, der die Nutzungen des Grundstücks dazu verwendet, in geordneter Reihenfolge die auf dem Grundstück lastenden Verbindlichkeiten zu tilgen.

Die Anträge auf Einleitung der Zwangsversteigerung und der Zwangsverwaltung schließen einander nicht etwa aus, vielmehr kann der Hypothekengläubiger, wenn der Grundstückseigentümer mit der Entrichtung des Kapitals oder der Zinsen in Verzug ist, sowohl die Zwangsversteigerung wie die Zwangsverwaltung beantragen und auf beiden Wegen Befriedigung zu erlangen suchen.

Welche Wirkung hat nun die Einleitung der Zwangsversteigerung oder der Zwangsverwaltung auf die Rechtslage des Mieters? An wen hat er fortan den Mietzins zu zahlen, wenn das Gericht ihm mitteilt, daß die Zwangsversteigerung oder die Zwangsverwaltung des von ihm bewohnten Grundstücks eingeleitet sei?

a) Fall der Zwangsversteigerung:
Ist nur die Zwangsversteigerung eingeleitet, so sieht der Mietzins, als ob nichts geschehen wäre, auch weiterhin dem Eigentümer zu. Hat er die Mietzinsforderung einem anderen abgetreten, oder hat ein anderer sie für sich pfänden und sich zur Einziehung überweisen lassen, so ist der Mietzins an den Empfänger der Abtretung bzw. dem pfändenden Gläubiger zu zahlen. Aber folgendes ist zu beachten:

Von dem Augenblick der rechtskräftigen Erteilung des Zuschlages an den Ersteher des Grundstücks steht der Mietzins dem Ersteher zu, auch wenn der vorige Eigentümer den Zins für die Zeit nach dem Zuschlage von dem Mieter schon empfangen oder an einen anderen abgetreten hatte oder endlich ein anderer ihn für sich hatte pfänden lassen (über eine Ausnahme hiervon siehe weiter hinten).

Siehe heißt es: Aufpassen! Nehmen wir ein Beispiel: Der Mieter hat am 2. April vom Grundstückseigentümer die Nachzahlung erhalten, daß dieser die im voraus zahlbare, am 1. Juli fällige Miete an den E abgetreten hat; oder der Mieter hat dem Eigentümer auf dessen Bitte, vielleicht gegen das Zugeständnis einer Ermäßigung, schon am 2. April den erst am 1. Juli fälligen, im voraus zahlbaren, Mietzins gezahlt, oder es ist am 2. April dem Mieter ein Gerichtsbeschluss zugestellt worden, durch den der am 1. Juli fällige, im voraus zahlbare, Mietzins für den N. N. gepfändet ist. Der 1. Juli kommt heran. Die Zwangsversteigerung schwebt noch. Im Mietvertrage ist nun aber dem Mieter die Räumungsklage für den Fall angedroht, daß er den Mietzins nicht innerhalb dreier Tage nach Fälligkeit zahlt. Er entscheidet deshalb den Zins am 1. Juli an den Eigentümer bzw. wenn dieser ihn abgetreten hat oder den Zins ihm abgepfändet ist, an den Abtretungsempfänger oder den pfändenden Gläubiger. Am 8. Juli wird das Grundstück in der Zwangsversteigerung dem V zugeschlagen, am 22. Juli wird der Zuschlag rechtskräftig. Dann muß der Mieter den Mietzins für die Zeit vom 22. Juli ab an den Ersteher noch einmal zahlen.

Der Schwarzmüller.*

In einem engen, von steilen Bergwänden eingeschlossenen Tale des bayerischen Oberlandes lag eine einsame Mühle. Sie gehörte zu einem Dorfe, dessen Häuser, nach Art der Gebirgsdörfer weit zerstreut an dem Gebirgswasser, der Sittenbach genannt, lagen. Über die Schwarzmühle lag noch weiter entfernt: gegen vierhundert Schritte oberhalb des letzten Gehöfts. Ihre Bewohner hatten wenig Verkehr mit den Bauern des Dorfes. Sie waren Protestanten, aber versenkt in tiefem Aberglauben. In diesem Tale spukten noch Hexen, Gespenster gingen um, die Geister der Erschlagenen fanden keine Ruhe, und man glaubte an magische Mittel, wodurch man Lebendige töten konnte: auch an eine unmittelbare Verbindung der Menschen mit dem Teufel. Wenn der Eigentümer der Mühle selbst in dem Verdacht stand, daß er nachts auf die Kreuzwege ginge, um sich mit den Unholden zu verständigen, so wird die Abgeschiedenheit, in welcher die übrigen Dorfbewohner mit den Müllerleuten lebten, noch erklärlicher.

Der Schwarzmüller, mit Vornamen Friedrich — seinen Zunamen hat Feuerbach, der uns diesen Fall mitteilt, mit einem andern vertauscht, weil zur Zeit, als er seine Rechtsfälle herausgab, noch bei dem Kriminalprozeß nahe beteiligte Personen lebten — der Schwarzmüller war ein starker, rüstiger Mann, um das Jahr 1817 gegen 60 Jahre alt. Sein Gewerbe verschaffte ihm sein gutes Brot an Liegenschaften und Kapitalien besaß er ein nicht unbedeutendes Vermögen. Er und seine Familie waren evangelischer Religion. Aber sein Sinn war störrisch, aufbrausend, jähzornig. Man zitterte vor ihm und fürchtete seinen Zorn. Er war ein Despot in seinem Hause, ein unumschränkter Herr. Auf seinem Besitzum und stolz gegen andre: denn er war reich, der reichste Mann in seiner Umgebung; und der geringe Umgang mit andern, die Einsamkeit, die starren Berge um ihn her näherten die Reime der Leidenschaft, bis sie nicht mehr zu beugen waren. Wer die Alpen bereist hat, wird in den wohlhabenden Wirtschaften der Dorfschichten, die auf ihrem Eigeneu sitzen, hochgeachtet und gefürchtet in der Umgebung, Abbüde dieses Charakters wiedergefunden haben. Ihre derbe, hohe, wohlgenährte Gestalt hat schon etwas Impontierendes, in jeder Bewegung drückt sich das Vollgefühl ihrer Kraft aus, sie herrschen mit ihrem Blicken, sie winken nur und alles flucht, sie sind Gastwirte gleichzeitig aus Gefälligkeit und weisen dem Gast die Tür, der etwa mit der herkömmlichen Weise ihn zu bewirteten nicht zufrieden wäre. Sie treten wie Könige auf und können die Tyrannen ihrer Gegend werden, aber auch ihre Propheten und Orakel. Der Sandwirt Andreas Hofer war ein solcher an Eigeneu sitzender, von allen in seiner Gegend hochgeachteter Gastwirt; aber nur einer der Ab-

drücke der altgermanischen freien Hofbesitzer, wie sie in Norddeutschland nur noch in einem Teile von Westfalen vorkommen, in Oesterreich, Bayern, Tirol und Schwaben dagegen noch in großer Anzahl gefunden werden.

Mit seiner Ehefrau Barbara hatte der Schwarzmüller in einer dreißigjährigen Ehe zwölf Kinder gezeugt, von denen noch fünf am Leben waren. Der älteste Sohn, Leonhard, hatte bereits als Müllermeister eine eigene Niederlassung. Der zweite, Konrad, damals 28 Jahre alt, lebte noch im väterlichen Hause und versah die Feldwirtschaft. Der vierundzwanzigjährige Friedrich stand dem Mühlengeschäft vor. Die beiden Töchter Margarete, 23 Jahre alt, und Kunigunde, 18 Jahre alt, dienten als Mägde im elterlichen Hause.

Ufern der Mühle stand eine Häuslershütte, in welcher seit 1817 ein verheirateter Tagelöhner, namens Wagner, als Mieter wohnte. Derselbe hatte sich verbindlich gemacht, bei dem Schwarzmüller gegen geringen Tagelohn (6 Kreuzer und die Kost) zu arbeiten.

Außer der Müllerfamilie lebte noch ein dreizehnjähriger Pferdejunge auf der Mühle. Er hatte seine Schlafstelle in einem entfernten Pferdehute, so daß er von dem, was des Nachts in der Mühle vorging, nichts hören konnte.

Am die Mitte des August 1817 war der Schwarzmüller unerwartet verschwunden. Seit dem 9. August hatte ihn niemand gesehen; aber erst am 11. Oktober machte seine Frau beim Landgericht davon Anzeige. Sie gab an, ihr Mann habe sie vor neun Wochen mit allem baren Gelde heimlich entfernt und seitdem nichts von sich hören lassen. Sie trug auf eine öffentliche Vorladung des Entwichenen an und bat um Beschuldigung seiner auswärtigen Forderungen. Die Vorladung hatte keinen Erfolg, und es ward mit der Kuratel über das Vermögen des Abwesenden verfahren.

Erst ein Jahr nach seinem Verschwinden verbreitete sich das Gerücht, der Schwarzmüller sei auf seiner Mühle erschlagen worden. Es war durch eine Neuerung jenes Tagelöhners Wagner entstanden, der einst bei der Arbeit zu einem andern Tagelöhner, als beide über die Müllerleute sprachen, ausgerufen hatte: „Preuß! Wenn du wüßtest, was ich weiß, du würdest dich wundern. Wenn ich von den Müllerleuten reden müßte, so würde die Mühle zugelpert und sie kämen alle ins Zuchthaus. Man ich Geld brauche, so müssen sie mir es geben. Und wenn ich die Häuslershütte haben will, so müssen sie mir die auch geben.“

Der Gendarm des Distrikts machte hiervon im September 1818 Anzeige beim Landgericht und fügte hinzu: der Verdacht gegen die Familie des Müllers scheint ihm noch bestärkt zu werden durch den Umstand, daß es in der ganzen Gegend bekannt wäre, in welchem Unfrieden der Schwarzmüller mit den Seinigen gelebt habe. Auch sei es ihm merkwürdig gewesen, wie verlegen die Müllerleute sowohl als der Wagner und seine Frau gefien, als er bei ihnen wegen des Verschwindens des Schwarzmüllers nachgefragt. Dem Gericht selbst war zu wohl bekannt, daß eine

erbitterte Lohneindacht zwischen dem Schwarzmüller und seiner ganzen Familie geherricht hatte. Erst zwei Monate vor seinem Verschwinden hatte der Müller seine eigene Frau und Söhne beim Gericht verklagt, weil sie ihm die Schlüssel zu seinen Zimmern und seinem Geldvorrat fortgenommen, sich in den Besitz der Getreidevorräte gesetzt und des ganzen Hausregiments angemacht hätten. Ja sie hätten ihm den Gehorsam verweigert und ihm sogar mit Schlägen gedroht. Die Beklagten hatten sich damit verteidigt, es müsse so sein, denn der Müller sei ein kiederlicher Haus herr und Verschwendter, der alle seine Pflichten verlege; er lebe im Ehebruch und habe neulich erst wieder mit einer kiederlichen Dirne ein Kind erzeugt, was ihm viel Geld gekostet. Zwar ward der Frau und den Kindern bedeutet, dem Hausherrn die ihm gebührende Gewalt wieder einzuräumen; aber schon am nächsten Tage war er abermals klagend bei dem Gericht erschienen, denn die Seinen hätten sich tätlich an ihm vergreifen. Es mußte eine eigene Kommission in die Mühle geschickt werden, um den Gatten und Hausherrn wieder in seine Rechte einzusetzen; auch da äußerte sich von beiden Seiten die tiefste Erbitterung, und Frau und Kinder erklärten, sie behielten sich ihre Klage gegen den kiederlichen Mann vor, unter dessen Regiment sie ihres Lebens nicht sicher wären.

Das Landgericht tat sofort mit anscheinend großem Eifer die nötigen Schritte zu einer vorläufigen Untersuchung. Der Landrichter, dessen Name uns verschwiegen wird, begab sich selbst in die Schwarzmühle und vernahm mehrere Zeugen; aber es kam dabei nichts heraus. Der Tagelöhner Preuß wiederholte zwar, was ihm der Tagelöhner Wagner gesagt, aber Wagner nannte das eine leere Rede und behauptete mit den Müllerleuten, der Schwarzmüller sei heimlich davongegangen; niemand wisse es anders. Für das allgemeine Gericht, daß der Müller erschlagen worden und Wagner geholfen habe, seinen Leichnam in der Sägemühle zu verscharrten, fanden sich keine Beweise, und da der Gemeindeälteste Konrad erklärte: er wisse von den Müllerleuten und dem Wagner nichts Nacheitiges, auch ein Firt bezeugte, er habe in der Heuernte 1817 für den Schwarzmüller und in dessen Begleitung einen Sack Geld, der wohl an 2000 Gulden enthalte haben möge, in einen entfernten Ort forttragen müssen, so wurde die vorläufige Untersuchung geschlossen und keine weiteren Nachforschungen angesetzt.

Von dem Gericht waren indes mehrere Unterlassungsfinden begangen worden. Der Preuß war nicht eidlisch, die Töchter des Schwarzmüllers waren gar nicht vernommen worden. In der Sägemühle hatte man nicht nachgegraben, und der Landrichter unterließ, was seine Pflicht gewesen wäre, die Akten an das Obergericht zur Prüfung einzuliefern.

Siermit schien die ganze Sache beendet, und das Gerücht schwieg. Aber drei Jahre hörte man nichts von dem verschwundenen Schwarzmüller. Die Familie blieb ruhig im Besitz der Mühle und der ganzen Hinterlassenschaft.

(Fortsetzung folgt.)

* Wir entnehmen diese psychologisch höchst interessante Kriminalgeschichte dem von Hitzig und Haring (Wilhelm Alexis) begründeten Neuen Pitaval.

Der. Das ist schon dann nicht angenehm, wenn es sich um monatlich zu entrichtenden Mietzins handelt, jedoch der Mieter nur für die Zeit bis zum 1. August noch einmal zahlen muß, sehr viel schlimmer aber bei vierteljährlich zahlbaren Mietzins.
 Wie schließt sich der Mieter gegen diese Gefahr?
 Er zahlt in einem solchen Falle den Mietzins nicht, sondern hinterlegt ihn. Dies ist aber wohlverstanden nur dann zulässig, wenn es sich um ein voraus zahlbaren Mietzins handelt. Nicht statthaft ist die Hinterlegung dagegen, wenn, um bei unserem Beispiele zu bleiben, der am 1. Juli fällige Mietzins nachträglich, also für das am 30. Juni abgelaufene Vierteljahr oder den Monat Juni zu entrichten ist. Hinterlegung darf nur bei Ungewißheit über die Person des Berechtigten erfolgen. Eine solche besteht aber nicht, wenn es sich um nachträglich zahlbaren Zins handelt, denn, wie oben bemerkt, ist die Einleitung der Zwangsversteigerung auf die Frage, wenn der Mietzins zukünftig, ohne Einfluß, es steht also in diesem Falle der Mietzins seinem vollen Betrage nach dem Grundstückseigentümer bzw. Abtretungsempfänger oder verpfändeten Gläubiger zu. Dagegen empfiehlt sich die Hinterlegung, wenn der am 1. Juli fällige Zins sich auf die zukünftige Zeit bezieht; denn es ist anzunehmen, daß die Versteigerung des Grundstückes, immer unserem Beispiele folgend, im Laufe des mit dem 1. Juli beginnenden Monats bzw. Vierteljahres erfolgen wird, der Mieter kann aber nicht wissen, wann der Zuschlag erteilt werden wird, so daß er den Zeitpunkt, bis zu dem er an den alten und von dem er an den neuen Eigentümer zahlen muß, nicht kennt. Deshalb empfiehlt sich die Hinterlegung, die dieselbe Wirkung wie die Zahlung hat. Der Eigentümer kann also nicht etwa auf Rückmung klagen, weil der Mieter nicht an ihn gezahlt hat. Der Mieter wird durch die Hinterlegung von seiner Schuld frei. Nach dem Zuschlag müssen sich dann der ehemalige und der neue Mietzinsberechtigte über die Verteilung der hinterlegten Summe auseinandersetzen.

Von dem Grundsatze, daß dem Ersteher, von der rechtskräftigen Erteilung des Zuschlages an, der Mietzins gebührt, gibt es eine Ausnahme: Wenn zur Zeit der Einleitung der Zwangsversteigerung der Eigentümer über den Mietzins für das laufende Vierteljahr zugunsten eines Dritten verfügt hatte (etwa durch Abtretung) und der Zuschlag des Grundstückes an den neuen Eigentümer noch in demselben Vierteljahr erfolgt, so gebührt dem Dritten der Mietzins für das ganze laufende Vierteljahr. Wenn also am 1. April der Eigentümer den am 1. Juli nachträglich zahlbaren Mietzins für das Vierteljahr vom April bis Juli dem N. N. abtritt, am 2. April die Zwangsversteigerung eingeleitet wird, und am 10. Juni J. J. durch rechtskräftigen Zuschlagsbescheid Eigentümer des Grundstückes wird, so trägt der Mietzins für die Zeit bis zum 1. Juli dem N. N. zu. Dieser Fall wird in der Praxis selten vorkommen, denn die Versteigerung von Grundstücken vollzieht sich in der Regel nicht so rasch.
 Es bleibt noch eine Besonderheit zu erwähnen. Nehmen wir an, daß der Grundstückseigentümer am 1. Mai den Mietzins für das am 1. Juli beginnende dritte Vierteljahr dem J. abgetreten hat, oder daß J. an diesem Tage die gedachte Mietzinsrate für sich hat pfänden lassen, und daß am 25. Juni die Zwangsversteigerung des Grundstückes eingeleitet wird. In diesem Falle steht in Abweichung von dem oben Gesagten der Mietzins für das ganze dritte Kalendervierteljahr dem J. zu, und auch wenn am 1. September ein anderer durch rechtskräftigen Zuschlagsbescheid Eigentümer des Grundstückes wird, hat dieser nicht etwa vom Zuschlags-Tage an den Mietzins zu fordern. Wenn nämlich die Beschlagnahme des Grundstückes (durch Einleitung der Zwangsversteigerung) erst in den letzten 15 Tagen des letzten Monats des Kalenderjahres erfolgt, behält eine vorher getroffene Verfügung des Grundstückseigentümers über den für das folgende Vierteljahr zu entrichtenden Mietzins ihre rechtliche Wirksamkeit. In dem Falle dieses Beispiels darf also der Mieter den Mietzins am 1. Juli nicht hinterlegen, muß ihn vielmehr an J. zahlen.

b) Fall der Zwangsversteigerung:
 Sehr einfach ist die Rechtslage, wenn auf Antrag des Gläubigers die Zwangsverwaltung eingeleitet ist, sei es neben der Zwangsversteigerung oder allein, und der Grundstückseigentümer vorher über die Mietzinsen keine Verfügung getroffen hatte. Dann hat der Mieter den Mietzins an den Zwangsverwalter zu zahlen, so lange bis die Zwangsverwaltung aufgehoben ist. Denn die Einziehung der Mietzinsen ist ein Ausfluß der Befugnis, das Grundstück zu verwalten, und diese Befugnis verleiht ja im Falle der Einleitung der Zwangsverwaltung der Eigentümer an den Verwalter.

Wir kommen zu dem oft vorkommenden Falle, daß der Grundstückseigentümer über den Mietzins durch Abtretung verfügt hat, oder daß der Zins für einen seiner Gläubiger gepfändet worden ist, und daß dann das Grundstück im Wege der Zwangsverwaltung mit Beschlagnahme belegt wird. Wer hat dann den Zins zu bezahlen, der Abtretungsempfänger bzw. pfändende Gläubiger oder der Zwangsverwalter? Die Antwort lautet: Die Verfügung des Eigentümers über die Pfändung behält nur insoweit Wirksamkeit, als sie sich auf den Mietzins für das zur Zeit der Beschlagnahme laufende Vierteljahr bezieht. Ein Beispiel: Der Mieter hat den Mietzins monatlich oder vierteljährlich nachträglich zu entrichten. Am 15. Mai tritt der Eigentümer des Grundstückes den am 1. Juli fälligen Zins dem K. ab. Am 20. Mai wird die Zwangsverwaltung eingeleitet. Dann behält die Abtretung ihre Wirksamkeit, denn sie ist erfolgt über Mietzins, der zur Zeit der Beschlagnahme bereits fällig ist. Der Mieter hat also am 1. Juli den Zins an K. zu zahlen. Wäre dagegen in anderem Falle der Mietzins monatlich oder vierteljährlich im voraus zu entrichten, so würde die Abtretung oder eine etwaige vor der Beschlagnahme erfolgte Pfändung der Mietzinsforderung durch die Beschlagnahme ihre Wirksamkeit verlieren, da der Zeitraum, für den der abgetretene oder gepfändete Teil des Mietzinses zu zahlen ist, zur Zeit der Beschlagnahme noch nicht zu laufen begonnen hatte. In diesem Falle wäre der Mietzins also an den Zwangsverwalter zu zahlen. Etwas anderes gilt nur, wenn die Zwangsverwaltung in den letzten 15 Tagen des letzten Monats des Kalenderjahres erfolgt ist. Dann behält die Abtretung oder Pfändung für das nächste Vierteljahr ihre Kraft und der Zins ist am 1. Juli an den Abtretungsempfänger oder pfändenden Gläubiger zu zahlen.

Während bitten Grundstückseigentümer, die in Zahlungsverweigerung geraten sind, ihre Mieter um Vorauszahlung des Mietzins über das laufende Vierteljahr hinaus und lassen die Mieter durch eine Ermächtigung des Hauses zur Erfüllung ihrer Bitte zu bestimmen. Der Mieter, der der Gefahr doppelter Mietzahlung entgegen will, darf sich auf solche Gesuche nicht einlassen. Daß er in die Lage kommen kann, noch einmal zahlen zu müssen, wenn das Grundstück nachdem er vorzeitig den Zins entrichtet hat, zwangsweise verpfändet wird, ist oben schon gesagt worden. Ganz dieselbe Gefahr lauft er, wenn auf seine nachträgliche Zahlung die Einleitung der Zwangsverwaltung folgt. Nehmen wir an, daß der Mieter den Zins monatlich oder vierteljährlich im voraus zu entrichten hat. Künftiger Zahlungsverweigerung ist der 1. Juli. Am 15. Mai entrichtet der Mieter dem Eigentümer vorzeitig den am 1. Juli fälligen Zins. Am 20. Mai wird die Zwangsverwaltung des Grundstückes eingeleitet. Dann muß der Mieter am 1. Juli den Zins an den Zwangsverwalter zahlen, da die Zahlung von Mietzins für einen Zeitraum, der zur Zeit der Einleitung der Zwangsverwaltung noch nicht lief, den Hypothekengläubiger gegenüber unrichtig ist. Der Mieter hat zwar einen Anspruch auf Rückzahlung des im voraus zahlbaren Mietzinses an den Grundstückseigentümer, großen Wert wird dieser Anspruch gegen einen Mann, dem der Verlust seines Grundstückes droht, in der Regel aber nicht haben. Entscheidend ist die verfallene Zahlung des Mietzinses nur dann, wenn sie in den letzten 15 Tagen des letzten Monats des Kalenderjahres zur des nächsten Monat oder das nächste Vierteljahr gebührt.

Wir haben oben in gewissen Fällen Hinterlegung des Mietzins empfohlen, die fast zulässig ist, wenn der Mieter nicht entzogen kann, von dem letzteren Gläubiger der von ihm zu

entrichtende Zins zulieft. Die Hinterlegung muß bei dem Amtsgericht des Zahlungsortes erfolgen. Der Mieter kann sich auf die zuständige Gerichtsbarkeit beziehen, um die Hinterlegung zu bewirken. Er muß erklären, daß er auf Rückzahlung des hinterlegten Betrages an ihn verzichtet; ferner muß er beantragen, den Grundstückseigentümer, und, falls das Grundstück schon versteigert ist, auch den Ersteher von der Hinterlegung zu benachrichtigen. Hinterlegt der Mieter deshalb, weil er nicht weiß, ob der bisherige Eigentümer oder jemand, dem dieser die Mietzinsforderung abgetreten hat, oder der sie für sich hat pfänden lassen, oder endlich der Ersteher der zum Empfang Berechtigte ist, so muß er erfragen, alle diese Personen von der Hinterlegung zu benachrichtigen. Kurz, der Mieter darf nur hinterlegen, wenn er nicht entscheiden kann, wem von mehreren Personen zum Empfange seiner Mietschuld berechtigt ist, und muß dafür sorgen, daß alle, die als Anwärter in Betracht kommen, von der Hinterlegung erfahren.

Man sieht, das neue Gesetz macht es den Mietern nicht leicht, sich vor Schaden zu bewahren; um so größer muß ihre Aufmerksamkeit sein. Durch einen sozialdemokratischen Antrag ist dem Richter zur Pflicht gemacht worden, die Mieter bei der Benachrichtigung von der Beschlagnahme des Grundstückes über die Rechtslage zu belehren. Das Reichsjustizamt hat für diese Belehrung ein Formular ausgearbeitet, das von Klarheit weit entfernt ist. Es wäre zu begrüßen, wenn die Justizverwaltungen der einzelnen Bundesstaaten eine populäre Fassung für die, wie zugegeben ist, nicht leichte, aber unzweifelhaft notwendige Belehrung der Interessenten fänden.

Kriegstagung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

k. Berlin, 29. Juni 1915.

(Zweiter Verhandlungstag.)

Zu Beginn der heutigen Sitzung erstattete Weißig-Präsident a. M. den Ausschußbericht. Die Zahl der Beschwerden ist in der Berichtsperiode gegenüber der letzten von 61 auf 81 gestiegen. Davon betrafen: die allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten 15, das Ausfluß- bzw. Schiedsgerichtsverfahren 36, das Unterstützungswesen 26, Wahlbeschwerden 4. In 15 Fällen wurde Beratung an die Generalversammlung eingelegt.

In der Aussprache über die Geschäftsberichte traten mehrere Delegierte für die Wiedereinführung — wenn auch nur teilweise — der Krankenunterstützung ein. Von den übrigen Organisationen würde eine nach der ändern die Krankenunterstützung wieder einführen. Dagegen wurde von anderer Seite betont, es wäre besser, daß die Organisation am Schlusse des Krieges über genügend Mittel verfüge, um allen Kämpfern gewachsen zu sein. Kritisiert wurde die Sperrung der Lokalfassengelder durch den Vorstand für andere als reine Verbandszwecke. Die Lokalfasse müßte freies Verfügungsrecht haben. Sie wollten auf ihre Kosten Kollegen auf die Parteischule schicken können. Die Auslegung des Bürgerrechts durch die Unternehmer wurde scharf kritisiert. Diese fanden bei der Militärverwaltung größeres Entgegenkommen als die Arbeiter. Der Bürgerrecht mühe nur den Unternehmern und Schade den Arbeitern. Die Ausführungen Reichels über den Krieg fanden den Widerspruch einzelner Delegierten. Es sei sehr zweifelhaft, ob wir in einem Abwehrkriege ständen. Ein großer Teil der Arbeiter hätte über den Krieg eine andere Ansicht wie der Vorstand. Von anderen Rednern wurde jedoch ausdrücklich das Einverständnis zu Reichels Bemerkungen ausgesprochen. Es wäre nur eine kleine Minderheit, die anderer Ansicht sei. Verbandspräsident Schlieff meinte, es sei möglich, sich heute über die Frage zu streiten, ob der Krieg ein Abwehrkrieg sei oder nicht. Die Arbeiter aller kriegführenden Länder seien der Ansicht, daß sie in der Abwehr ständen und Kulturgüter verteidigen müßten. Die Geschichte werde entscheiden. — Die Sperrung der Lokalfassen durch den Vorstand wäre ein Akt der Vorsorge gewesen, zu dem der Vorstand berechtigt sei.

In der weiteren Aussprache wurde auch die Verbandsbewegung mehrfach berührt, sonst aber keine neuen Gesichtspunkte aufgeworfen. Nachdem 37 Redner zum Wort gekommen waren, machte ein Schlussantrag der Diskussion ein Ende.

Im Schlusswort ging Reichel eingehend auf die Ausführungen der Delegierten ein. Die Generalversammlung übernehme eine sehr große Verantwortung, wenn sie — entgegen dem Vorschlag des Vorstandes — die Krankenunterstützung wieder einführe. Gegenüber den Vorwürfen über seine Bemerkungen zum Krieg betonte Redner, er hätte es für seine Pflicht gehalten, in der jetzigen Situation einige Worte hierzu zu sagen.

Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge wurde zunächst dem Kaiserlichen Entschlossenheit — Sämtliche Anträge, die sich mit der Wiedereinführung aufgehobener Unterstützungen befassen, wurden einer besonderen Kommission überwiesen. Anträge, die den Vorstand beauftragten, Konferenzen für die Werkschmied, die Heizungsmonteur und für die stützende Branche einzuberufen, fanden ihre Erledigung durch Ueberweisung an den Vorstand. — Ueber weitere Anträge wird morgen abgestimmt.

Die Verhandlungen wurden vertagt.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Die Kreisversammlung für den 1. württembergischen Wahlkreis nahm auch zum Tagesacht-Konflikt Stellung. Sie billigt mit 40 gegen 7 Stimmen die Maßnahmen des Landesvorstandes. Der Abg. Silberbrandt gab einen Bericht über die Politik der Reichstagsfraktion. Die Versammlung schloß sich durch eine einstimmig angenommene Resolution seiner Auffassung an, die sich mit der Fraktionsmehrheit und des Parteivorstandes deckt. Sie verurteilt das organisierte und auf die Durchkreuzung der Politik der bürgerlichen Parteien abzielende Vorgehen der Opposition und bedauert das Verhalten des Herr. Saale, der diesem Treiben Vorschub leiste. Die Versammlung hält es mit der Stellung des Partei- und Fraktionsvorstandes nicht vereinbar, die Partei gegen die Enthaltungen dieser Körperschaften aufzurufen. In der Debatte über die Lebensmittelversorgung kam die Empörung über den Käufer, der von Händlern und Produzenten getrieben wird und über die unzureichenden Regierungsmaßnahmen zum Ausdruck. Eine einstimmig angenommene Resolution fordert die notwendigen Abhilfemaßnahmen.

Eine in Gräfenal im Thüringer Wald abgehaltene Konferenz des 2. Thüringer Reichstagswahlkreises erlitt die Beschlüsse der Reichstagsfraktion durch die Reichstagsfraktion einstimmig einverstand.

Straßburger. In den Redaktionsräumen der „Berghischen Arbeiterstimme“ in Solingen und den Privatwohnungen der Redakteure Dittmann und Merzel wurde am Montag von der Polizei nach dem Bekannten an Parteivorstand und Reichstagsfraktion adressierten Flugblatt gehausucht. Gefunden wurde nichts.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Jahresarbeiterverband blüht in dieser Tagen auf eine 25jährige Jubiläum zurück. 1890 tagte in Hannover ein Kongreß aller nützgewerblichen Arbeiter, der zur Gründung des Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter führte. Zwei Jahre später wurde das Verbandsorgan, der „Proletarier“, geschaffen. In den ersten 5 Jahren wurden nur 7000 Mitglieder gewonnen, dann stieg die Werbung rasch. Voriges Jahr waren es 207 000 Mitglieder, von denen jetzt 15 000 im Felde stehen. Der Verband trägt während dieser Zeit von 25 Bg monatlich auf 45 (wöchentliche 25) Bg wöchentlich. Dafür tragen aber auch die Ausgaben für Übertragungen gering. Während im

Gründungszeit 4 Bg. pro Mitglied aufwendet wurden, wuchs es im vorigen Jahre 18,17 Mk. Das Verbandsvermögen beträgt 3 1/2 Millionen Mk. Der Verband hat nicht nur für ungeschulte Arbeiter von ungelerten Arbeitern verkürzte Arbeitszeit und erhöhte Löhne geschaffen, sondern auch für 40 000 Mitglieder Tarifverträge abgeschlossen. Alles in allem läßt sich vom Verbands der Fabrikarbeiter sagen, daß er seiner Aufgabe, die großen Massen der ungelerten Arbeiter in der heimischen Industrie, den Ziegeleien, den Papier- und Zuckerfabriken usw. zunächst zu organisieren und dann zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen zu führen, in hohem Maße gerecht geworden ist.

Dem Holzarbeiterverband verurteilte die Kriegszeit bisher ungeheure Läden. Beachte schon vorher die Krisis im Gewerbe und die damit verbundene Arbeitslosigkeit gewaltige Ausgaben, über 60 000 Mk. wöchentlich, so schwankte die Arbeitslosenzahl in den ersten Monaten zwischen 43,4 und 31,6 Prozent. Im April d. J. waren es noch 6,2 Prozent. Außerordentliche Maßnahmen im Unterstützungsweisen waren notwendig. Wenn an Familienunterstützung wurden bis zum 1. November 900 000 Mk. gezahlt. Ueber 3 Millionen Mark sind bis 1. April an Arbeitslosenunterstützung verausgabt worden, sie wird vom 4. Juli ab wieder in der alten vollen Höhe in Kraft treten. Ebenso alle anderen Unterstützungswege unter Zugrundelegung der vom letzten Verbandstag beschlossenen Verbesserungen. Beim Todesfall der Frauen der im Felde stehenden Mitglieder werden 3/4 des statutarischen Sterbegeldes bezahlt. Auch erhalten alle die Kriegserkrankten, die noch keine Unterstützung bezogen, eine einmalige Beihilfe von 6 Mk. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes haben sich eine gute Organisation geschaffen, die sie auch in der schwersten Zeit über die Bedrängnisse hinwegführt.

Soziales.

Die 2. Generalversammlung der Volksfürsorge tagte am Sonnabend in Hamburg. Nach dem Geschäftsbericht v. Glms kann man über einen Ueberfluß von 171 917,04 Mk. verfügen und dadurch den verschärferten Fonds 74 889 Mk. und besonders der Gemeinnützigen der Vericherten 96 115 Mk. zuführen. Der Versicherungsbestand, der Ende 1913 70 123 Policen mit einer Versicherungssumme von 12 912 968 Mk. betrug, stieg bis Ende 1914 auf 163 469 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 25 615 271 Mk., also mehr als eine Verdoppelung der Versicherungssumme. Die Gesellschaft hat einen Verfall von 2 751 Policen, und in eine andere Versicherungsart umzuwandeln 23 747 Policen. Das ist ein durch den Krieg bedingter außerordentlicher Abgang, der aber im Vergleich zu anderen Gesellschaften noch als recht günstig zu bezeichnen ist. Ueber bereits mitgeteilt, haben die Aktionäre auf ihre 40 000 Mk. Zinsen zugunsten der Gesellschaft verzichtet. Auch der Aufsichtsrat verzichtete zugunsten der Vericherten auf die ihm nach dem Gesellschaftsvertrag zustehende Entschädigung für das abgelaufene Jahr und bewies damit wie die Aktionäre, daß es ihm ernst damit ist, die Volksfürsorge als eine wirklich gemeinnützige Versicherungsanstalt im Interesse der Vericherten zu führen.

Aus Nah und Fern.

Bereiteter Mordversuch einer Raubmörderin. Die Raubmörderin Marie Margarete Müller, die vor etwa zwei Monaten vom Dresdener Schwurgericht wegen Raubmordes an zwei Frauen zum Tode und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde, unternahm einen Selbstmord. Als sie zur Gerichtsschreiberei geführt wurde, wo sie ein Begrabungsgeheul an dem König zu Protokoll gehen wollte, versuchte sie plötzlich zu entfliehen. Sie kam aber nicht weit, da ihre Begleiter sofort hinter ihr hereilten und sie schnell wieder festnahmen konnten.

Eine furchtbare Muttat verübt in der Nähe von Tempelburg ein 30jähriger russischer Arbeiter Koffa. Er brachte einem 20-jährigen Ruthenen, als dieser mit einem 9-jährigen Knaben angelt, hinterücks nean Messertische bei und hielt dann den Kopf seines Opfers solange unter Wasser, bis daselbst tot war. Dann warf er die Leiche in der See. Auch den Knaben hatte er in das Wasser geworfen. Derselbe konnte sich jedoch durch Schwimmen retten. Der Täter brachte sich, als er den Knaben entkommen sah, selbst einen Stich in den Leib bei. In hoffnungslosem Zustande schaffte man ihn ins Krankenhaus.

Ein Mordkrieg ist mitten im Weltkrieg, von dem Milchproduzenten in der Umgebung Stuttgarts in Szene gesetzt worden. Nachdem sie erst im März d. J. einen Aufschlag der Milchpreise durchgekehrt hatten, planten sie auf dem 1. Juli trotz der reichen Heuernte eine neue Steigerung um 4 Bg. für das Liter. Die Stadtverwaltung kam ihnen zuvor durch Festsetzung des bisherigen Preises (24 Bg.) als Höchstpreis. Darauf beschloßen die Produzenten, die Milch nur noch zu 20 Bg. ab Stoff zu verkaufen. Die Milchhändler lehnten es ab, diesen Preis zu zahlen, da er die Lieferung der Milch an die Konsumenten zu 24 Bg. ausschloß. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Landtag sofort eine Interpellation eingebracht, die demnächst zur Beratung kommen wird. Auch die Stuttgarter Stadtverwaltung nimmt scharf gegen die Milchproduzenten Stellung; sie stellt insbesondere fest, daß die Agrarier den wirtschaftlichen Bürgerrieden gefährden. Von der Staatsregierung ist bis jetzt ein Eingreifen noch nicht erfolgt.

Ein netter Reingewinn — trotz des Krieges. Die Aktien-gesellschaft Leonhard Tich hielt am Sonnabend in Köln ihre Generalversammlung ab. Es waren acht Aktionäre anwesend, die ein Kapital von 11 862 000 Mk. vertreten. Laut Bericht über das zehnte Geschäftsjahr hat die Belegung des Detailgeschäftes in der ersten Jahreshälfte angehalten, und die Umsätze besternten sich von Monat zu Monat, ein Zeichen der Spannkraft, die sich unter Wirtschaftlichen während des Krieges bewährt hat. Die Bilanz schloß in Einnahme und Ausgabe mit 56 949 261,06 Mk. Es wurde ein Reingewinn von 12 309 699,18 Mk. erzielt. Hierzu Vortrag aus 1913 mit 126 785,41 Mk. Die Verwindung soll wie folgt gegehen: Kriegsrücklage 400 000 Mk., Kriegsfürsorge-Rücklage 100 000 Mk., Einkommensteuer-Rücklage 25 000 Mk., 4 Prozent Dividende und Vortrag auf neue Rechnung 132 754,59 Mk.

Der Kampf gegen die Teuerung in Baden. Das Gewerkschaftsblatt Mannheim hat in einer an das Bezirksamt und den Mannheimer Stadtrat gerichteten Eingabe auf den Mißstand hingewiesen, daß jetzt die Produzenten und Händler mit dem frischen Gemüse und dem (in Baden in großen Mengen produzierten) Obst denselben Wucher treiben, wie seinerzeit mit den Kartoffeln. So wurden z. B. die Kürbisse an Markttagen in den Städten früh 6 Uhr von den Landwirten durch die Händler um 23 Bg. pro Pfund erstanden und die letzteren verkauften sie eine halbe Stunde später mit 35 Bg. Sogar die nationalliberale „Badische Landeszeitung“ fordert das Ministerium auf, in einer Verfügung solche ungeheuren Preistreibern vorzubeugen. — Die Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei und die Zentralen der freien Gewerkschaften Badens haben neuerdings in einer längeren Eingabe an das Staatsministerium eine Reihe von Vorschlägen gemacht, wie der Teuerung und dem Lebensmittelwucher abgeholfen sei.

Kurze Selbstenlaufbahn. Der italienische Maler Tristide Sartorio, der Schöpfer der Freskenriesen im neuen Parlamentspalast, der als Kriegsfreiwilliger zu Pferde verwundet und von den Oesterreichern gefangen genommen wurde, befindet sich in Budapest. Sartorio ist einer der Hauptstreiter gegen die deutschen „Barbaren“ nach der Beschießung von Reims gewesen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
 Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.,
 Sämtlich in Lübeck.